



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

430 (15.9.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-335835](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-335835)

General-Anzeiger



Abonnement

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1449

Drucker- Bureau (An-

nahmen-Druckarbeiten 841

Redaktion 877

Expedition und Verlags-

buchhandlung 818

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben

(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros

in Berlin und Karlsruhe.

30 Pfennig monatlich,
eingeliefert 22 Pfg. monatlich,
nach die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.12 pro Quartal,
Einzel-Nummer 3 Pfg.

Inserate:
Die Colonne-Zeile . . . 20 Pfg.
Auswärtige Inserate . . . 30 „
Die Reklam-Zeile . . . 1 Mark

Gelesenste und verbreitetste Zeitung

in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 4 1/2 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 430.

Dienstag, 15. September 1908.

(Abendblatt.)

Die sozialdemokratischen Frauen von Nürnberg.

Dem großen Blutgericht von Nürnberg ging zu Ende heriger Woche die sozialdemokratische Frauenkonferenz vor. Die hatte diesmal eine besondere Bedeutung. Das neue Vereinsgesetz, das die Genossin Jettin in ihrer bildhaft anschaulichen Rede eine „Spottgeburt von konservativem Feind und liberalen Dreck“ nannte, bringt nun einmal — das konnte selbst der verehrungswürdige Singer nicht leugnen — den Frauen allerlei Vorteile und man soll es auch den sogenannten proletarischen Frauen nicht verdenken, wenn sie diese nun auszunützen trachten. Um so mehr (in mancher eingestrichelten Wendung kam das deutlich zum Ausdruck), als man anscheinend auch in der sozialdemokratischen Welt verspürt, daß Männer die Gesetze machen und viele Genossen dem politischen Treiben ihrer mehr oder weniger besseren Hälfte offensichtlich mit sehr gemischten Gefühlen gegenübersehen. Die Frauen lebten innerhalb der sozialdemokratischen Organisation bislang merklich zu niederem Recht. Eigentlich lebten sie sogar außerhalb dieser Organisation. Nur die „Vertrauensperson“ — die Bezeichnung ist so geschmacklos wie die feisende, fanatische Dame, die dieser Würde Würde auf schmalen Schultern trägt — bildete als eine Art Protekt des Tages den Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen sozialdemokratischen Frauenvereinen und dem Zentralvorstand der Partei. Das soll künftig anders werden. Die Genossinnen wollen zwar ihre Frauenbildungsvereine, wo diese blühen und guten Fortgang nehmen, aufrechterhalten; im übrigen aber gedanken sie jetzt auf jede Sonderorganisation zu verzichten und Arm in Arm mit den Männern das immer noch bürgerliche Jahrhundert in die Schranken zu fordern. Dafür wollen sie allerdings Teil an der obersten Leitung der Partei: wenn es nach den Wünschen ihrer Konferenz geht, sollen in Zukunft zwei Damen im Vorstand sitzen und zu gleichen Rechten raten und voten. Ob diesem Verlangen Erfüllung wird, wird sich in den nächsten Tagen in Nürnberg zu entscheiden haben. Bisher scheint man in den Kreisen des Vorstandes über diesen Vorstoß nicht sonderlich erfreut zu sein; der Genosse Müller-Berlin, der sich namens des Vorstandes zu diesem Wunsch zu äußern hatte, sprach merklich lau und auf jedes Ja folgte allsöbald ein Aber.

Nach an einem anderen Punkt hat sich dann ein Gegenstand zwischen den sozialdemokratischen Frauen und ihren männlichen Gegenpartnern auf. Eine Frau Dunder aus Stuttgart hatte über die sozialistische Erziehung der Jugend gesprochen. Offenbar eine Frau von natürlichem Verstand, der nur leider durch Agitation und Marxismus verbildet wurde. Weshalb denn auch die gelegentlichen Anläufe von dons sans retinungslos in einem Meer von abstrakter Theorie ertranken. Dann sprach Frau Jettin über Jugendorganisationen. Man erinnert sich der bitteren Worte, die ein Mann, der das Leben kennt — Herr Wolfgang seine nämlich — vor kurzem über die Politikvielerlei der Herren Jungen geäußert hat. Aber auch der Hamburgische Gewerkschaftskongress hatte gegen diese selbstständigen Jugendorganisationen Stellung genommen. Frau Clara Jettin war anderer Ansicht. Sie warf in ihrer lauten Weise einen Haufen dapperer Theorien durcheinander und

dann forderte sie für diese Jungmannschaft (Jünglinge und Jungfrauen, Frau Jettin ist für sozialdemokratische Coedukation) eine eigene Organisation mit vollem Selbstbestimmungsrecht. „Die Schranke ihres Selbstbestimmungsrechts“, so heißt es wörtlich in den Jettinschen Thesen, „bildet nicht die Autorität der Organisationen Erwachsener, sondern lediglich das Interesse der Gesamtbewegung.“ Herr v. Elm protestierte gegen den Unfuss, der sich ja ausdrücklich gegen die Generalkassabeschlüsse lehrte. Das half ihm aber nichts. In einem etwas merkwürdigen und nicht übermäßig loyalen Abstimmungsverfahren wurden die Forderungen der Dame Jettin dennoch per majora angenommen.

Ein wilder Fanatismus befeuert diese sozialdemokratischen Frauen; sie sind im roten Lager die Radikalfrauen der Radikalen; diejenigen, die am geschäftigsten und skrupellossten kämpfen. Das kam auch in der Debatte über die Wahlqualifikation zutage. Die Genossinnen — Frau Dittke Baader, das „Zentralweib“ an der Spitze — rühmten sich des von ihnen bei den preussischen Landtagswahlen geübten Terrorismus mit einem Jotismus, der schließlich selbst den anwesenden Männern unbehaglich zu werden begann. Was natürlich nicht ausbleibt, daß sie sich vornehmendfalls der Hilfe dieser anmutigen Scharen wieder gern bedienen werden. Alles in allem war die Aussprache der Frauen zu Nürnberg ein neuer Beweis dafür, wie durch die Sozialdemokratie unser Volk innerlich verarmt. Sie zerstört Gemütskräfte und löst dafür dappereeren Schwulst zurück und leider gar nicht papierte Leidenschaft. . . .

Politische Uebersicht.

Mannheim, 15. September 1908.

Der kleine Befähigungsnachweis

tritt am 1. Oktober bekanntlich in Kraft. Nach der Novelle zur Reichsgewerbeordnung, die der Reichstag im Mai dieses Jahres beschlossen hatte, wird von diesem Tage an die Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben nur noch solchen Personen zugestanden, die vor dem 1. Oktober 1884 geboren sind und die Meisterprüfung bestanden haben. Sobot solche Personen die Meisterprüfung nicht für dasjenige Gewerbe oder denjenigen Zweig des Gewerbes bestanden, in welchem die Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll, so haben sie die Befähigung dann, wenn sie in diesem Gewerbe entweder die Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben oder fünf Jahre hindurch beruflich das Handwerk selbstständig ausgeübt haben oder während einer gleich langen Zeit als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen sind. Die höhere Verwaltungsbehörde kann Personen, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, die Befähigung zu Anleitung von Lehrlingen widerruflich verleihen.

In den Ausführungsbestimmungen, die der preussische Handelsminister für Bremen erlassen hat, empfiehlt er mit Rücksicht auf die tief einschneidende wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahme besondere Vorsicht. Jedenfalls sei es gut, bei allen Verleihungen und Entziehungen der

Anleitungsbefähigung Handelskammern und Innungen zu befragen.

Die Novelle bestimmt weiter, daß jeder Lehrling nach Ablauf der Lehrzeit die Gesellenprüfung ablegt. Zur Meisterprüfung werden nur solche Personen zugelassen, die eine Gesellenprüfung bestanden haben. Es ist nicht nötig, daß der Geselle seine Gesellenprüfung in dem Handwerk abgelegt hat, in dem er seine Meisterprüfung ablegen will. Wer zum Beispiel in seiner Gesellenzeit umfalle, braucht für die bevorstehende Meisterprüfung nicht erst noch eine Gesellenprüfung im neuen Handwerk abzulegen. Ausnahmen betreffen der Gesellen- und Meisterprüfung sind für ältere Handwerker zulässig; wollen sie heute noch den Meistertitel erwerben, so kann ihnen die Gesellenprüfung erlassen werden, wenn sie eine solche früher nicht bestanden hatten. Es wird in Zukunft streng darauf gehalten werden, daß der Meistertitel nur von Handwerkern geführt wird, die die Meisterprüfung bestanden haben und das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Für die Uebergangszeit gilt die Bestimmung, daß Personen, die vor dem 1. Oktober 1908 das Recht der Lehrlingshaltung besaßen, den Bestimmungen der Novelle aber nicht entsprechen, also nicht Meister sind und nach dem 1. Okt. 1884 geboren sind, ihre Lehrlinge auslernen lassen dürfen. Nach dieser Zeit haben sie sich den Bestimmungen des Gesetzes zu unterwerfen, wenn sie ferner Lehrlinge anleiten wollen. Während der ersten fünf Jahre nach dem Inkrafttreten, also bis zum 1. Oktober 1913, darf die Zulassung zur Meisterprüfung vom Bestehen der Gesellenprüfung nicht abhängig gemacht werden.

Die Steuervorlagen.

Aus den bisherigen offiziellen Ankündigungen und ihren Deutungen durch die Presse schält sich dem „Deutschen Voten“ zufolge bei sorgfältiger Sichtung des Unzutreffenden von dem Zutreffenden folgendes an neuen Steuerprojekten heraus: Reform und Steigerung der Branntwein-, Brau- und Tabaksteuer. Die Branntweinsteuer abgestuft nach der Leistungsfähigkeit der Brauereien, die Tabaksteuer wesentlich abgestuft nach dem Verkaufspreis der Zigarren, beide in solcher Höhe bemessen, daß sie als mehr oder weniger runder Preisaufschlag den Konsumenten treffen. Dazu eine gleichfalls abgestufte Steuer auf Flaschenweine, Gas- und Elektrizitätssteuer, im wesentlichen die Licht-Konsumenten treffend und in dieser Form der Petroleumsteuerung an die Seite tretend. Klammern unter Schöpfung neuer Inzerenten und kleiner Blätter. Nachlasssteuer, insbesondere auf die größeren Vermögen unter Schonung des ländlichen Grundbesitzes. Reform der Fabriksteuer und trotz pseudooffiziellen Demotus des Dispositos.

Wünsche der Industriellen.

In dem Verein deutscher Eisenwerke, der seinen 40. Hauptversammlung in Stuttgart abhielt, stellte zunächst der Vorsitzende, Kommerzienrat Uge-Kaiferklautern, fest, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Vorjahre sehr verschlechtert hätten. Dann wurden folgende Beschlüsse über die Stellungnahme zu wichtigen Tagesfragen angenommen:

Der König hatte seine Lage nicht neben der, worin die Frau Rat Goethe zeitweilig ihren Platz nahm. Das lebhafteste Herz der vortrefflichen Frau triumphierte, daß ihre Prinzesschen so schönen und vornehmen Prinzen vermählt werden sollten, und sie konnte es nicht unterlassen, ihrem Logenachbar, unserem König, zu zeigen, wie wohl sie den hohen Bräuten befreundet sei. Und nun gibt die Prinzessin die Worte wieder, mit denen die Frau Rat ihr die Sache erzählt hat: „Ich nehme die Dose, geh' ins Theater, stelle sie mit barockdrückender Hand fest auf den Logenrand; der König sieht nicht. Ich nehme eine Briefe, lese die Dose näher an den König und soche ihn an; er sieht nicht auf die Dose hin, er hat mehr dergleichen gesehen. Ich nehme sie abermals, lese sie noch näher und sehe wieder den König an: Entlich blüht er auf die Dose, und wie er sie gesehen hat, sagt er ganz glatt: „Gut, Madame Goethe, was haben Sie da für eine schöne Dose!“ — Ja, Ihre Majestät, antworte ich, die hab' ich auch von meinen Prinzessinnen von Mecklenburg.“ So hatte sie also doch erreicht, was sie wollte.

In ihrem Alter hat die gute Frau Rat die schweren Kriegsläufe der napoleonischen Zeit durchgemacht, aber ihr guter Humor verläßt sie auch da nicht. „Mir geht's wie dem Hund in der Fabel“ — schreibt sie — „abwehren kann ich's nicht — zersaufen mag ich mich nicht lassen — gerade wie der Hund, ich esse mit. Das ist verdorbenheit — Ich freue mich des Lebens, weil noch das Dampfen glüht — suche keine Dornen — habe die kleineren Freuden — sind die Thüren niedrig, so bücke ich mich — kann ich den Stein aus dem Wege thun, so thue ich — ist er zu schwer, gebe ich um ihn herum — und so finde ich alle Tage etwas, das mich freut — und der Schluckstein — der Glaube an Gott, der macht mein Herz froh und mein Angesicht leblich — ich weiß, daß es mir und den Meinen gut geht — und daß die Blätter nicht einmal verweilen, geschweige der Stamm.“ Die kleine Schwärmerin Bettina sucht sie fast täglich auf, sitzt zu ihrem Hüften auf der „Schaukel“ und sie sprechen von ihrem

Stolz und ihrer Freude, von dem Großen, Einzigen in Weimar. Die Lebhaftigkeit ihres Geistes, die Schärfe ihrer Beobachtung und die Natürlichkeit ihrer Empfindung hat sie sich bis zu ihrem Tode bewahrt und die Herzensergießungen in ihren Briefen sind immer noch auf denselben frischen und lebendigen Ton gestimmt, wie in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts. Gerade die Briefe aus dem vorletzten Jahre ihres Lebens — sagt ihr Biograph Heinemann — gehören zu den schönsten und kraftvollsten. Die großartige, herrliche Entwicklung des Sohnes gab auch der Mutter einen größeren Gesichtskreis, eine höhere, freiere Richtung. Ihre in früherer Zeit durch fremden Einfluß getrübbte religiöse Anschauung klärte sich allmählich zu einer die Gegenstände und Widersprüche des Lebens durch den unerschütterlichen Glauben an eine gerechte Regierung Gottes auslösenden Weltanschauung. Dieser feste Glaube an einen gerechten und gütigen Gott und an den Sieg des Guten gibt allem, was sie schreibt und sagt, jene lebendige Herzensfreundlichkeit und überlegene Ruhe, und aber jene Stimmung des Wohlbehagens, die wir in Gegenwart harmonisch ausgeglichener, an Geist und Herz vollkommener Menschen empfinden.“

Ganz einzig, wie das Leben, war auch das Sterben dieser merkwürdigen Frau. Am dem Tage vor ihrem Tode — so wird uns darüber berichtet — ließ sie ihren Hausarzt holen, an den sie die Frage richtete, wie lange sie noch zu leben habe. Da er ausweichend antwortete, soll sie ärgerlich ausgerufen haben: „Nach er mir nichts vor, Herr Betier, ich weiß, daß es aus mit mir ist. Sag' er's rund heraus, wie lang hab' ich noch zu leben?“ Gefährten Mutz nahm sie keine Entgegnung, daß sie etwa bis zum anderen Mittag noch leben würde, entgegen und bat ihn nur, sie nicht mehr zu verlassen. Von der Ruhe, mit der sie dem Tode entgegen sah und alles vorbereitete, haben wir eine Reihe glaubhafter Berichte. Goethe erzählt in späteren Jahren seinem Freunde Betier, daß die Mutter ihren Tod selbst angekündigt und ihr Leidensoanath so pünktlich anordnet habe, daß kaum

Frau Aja.

Zur Erinnerung an den Todestag der Mutter Goethes,
13. September 1808.
Von Wilhelm Kullmann.
(Schluß.)

Was man sieht, läuft in ihrer Ausdrucksweise manchmal eine Leidenschaft mit, an der seiner organisierte Naturen vielleicht Anstoß nehmen werden. Aber das ganze Wesen dieser Frau ist so unerschöpflich und naturwüchsig, daß man etwas dieser Art schon in den Kauf nehmen muß. Sie ist die menschgewordene Natur, gibt sich ganz so, wie sie ist, und hierin liegt die Erklärung für den Zauber, den sie auf alle, die ihr näher traten, ausübte, und für den Genuß, mit dem wir ihre Briefe lesen. Wir haben — nebenbei bemerkt — einige Stellen aus ihren Briefen, um dem Leser keine Rätsel aufzugeben, in einer Form zitiert, die sich der Dramatik und der Orthographie des Schriftstüchens nähert, aber eigentlich verliert dadurch diese Briefe ebenso an Reiz, wie die Schöpfung Friedrich Meiners, wenn man sie ins Quacksalberische überträgt. So einfach und natürlich, wie sie ist, gibt sie sich auch einem Könige und Prinzen und Prinzessinnen gegenüber. Bei der Kaiserwahl nach dem Tode Josef II. erhält das Haus am großen Hirschgarten gar vornehme Gäste: die beiden Prinzessinnen von Mecklenburg-Strelitz, die damals vierzehnjährige Prinzessin Luise, die spätere Königin von Preußen, und die zwölfjährige Prinzessin Friederike, spätere Prinzessin Wilhelm von Preußen und dann Königin von Hannover. Der Vater der beiden Prinzessinnen, Prinz Karl von Mecklenburg, schenkte der Frau Rat zum Danke für die Aufmerksamkeit mit der sie ihre hohen Gäste bewirtete, eine schöne Dose mit einer Brillantstiftze, und wie drollig nun die Frau Rat es angefangen hat, den König von Preußen auf ihre nahen Beziehungen zu den beiden Bräuten aufmerksam zu machen, hat die Prinzessin Friederike

1. Der Verein deutscher Eisenbahnen kann nicht anerkennen, daß die Arbeitskammern den wirtschaftlichen Frieden zu fördern geeignet sind. Der am 4. Februar 1908 von der Reichsregierung veröffentlichte Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung solcher Kammern erweckt in vielen Punkten, nicht zum wenigsten in der Regelung der Kostenbedeutung, die schwersten Bedenken. Der Verein muß diesen Gesetzentwurf daher ablehnen.

2. Der Verein deutscher Eisenbahnen nimmt zur Frage der Gründung eines Bundes gewerblicher Arbeitgeber oder einer von anderer Seite vorgeschlagenen Industriepartei keine endgültige Stellung, so lange nicht klar erkennbar ist, welche Form und welches Programm eine solche Vereinigung haben soll und haben kann. Es ist aber dringend erwünscht, eine vollkommenere Einigung der Industrie zur Vertretung der wirtschaftlichen und Unternehmerinteressen herbeizuführen, und diese sollte mit aller Entschiedenheit gefördert werden. Der Verein hält es ferner für notwendig, daß zwischen den Mitgliedern des Reichstages und der Einzellandtage und der Industrie eine größere Fühlung angebahnt werde, als das bisher der Fall ist. Diese Fühlung und eine bessere Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Interessen der Industrie ist zu suchen durch eine vermehrte Teilnahme der Industriellen am öffentlichen parteipolitischen Leben, durch die Heranziehung industrieller Sachverständiger zu den Beratungen der Reichstagskommissionen und durch eine häufigere Einlegung interparlamentarischer Auditionen. 3. Der Verein dankt dem Herrn Handelsminister in Preußen für die Erklärungen, die er im Abgeordnetenhaus gegen eine Heranziehung der Industrie zu besonderen Beiträgen zur Ausbildung des Handwerkers abgegeben hat, und erklärt, daß eine solche Heranziehung der Industrie sachlich nicht gerechtfertigt wäre. Er tritt ferner der Meinung entgegen, daß die Industrie ihren Arbeitern nicht selbst ausbilden oder auszubilden könne. 4. Der Verein, der zu seinen Mitgliedern viele Maschinenfabriken zählt, hält es angesichts der Stellung des Reichsgerichts zum Eigentumsvorbehalt an Maschinen und der dadurch hervorgerufenen Erschütterung der Abfahrtsgrundlagen der Maschinenbauanstalten für notwendig, die gesetzlichen Bestimmungen dahin zu ändern, daß die Wirksamkeit des Eigentumsvorbehalts gesichert wird.

Volksgesundheit und Wohnungsfrage.

Das Unterrichts-Departement in Schottland hat über die körperliche Entwicklung der Schulkinder Untersuchungen anstellen lassen. Das Resultat der Messungen war, daß die Kinder, die aus engen Wohnungen kamen, sowohl an Gewicht wie an Höhe den Kindern aus geräumigen Wohnungen nachstanden. Die Gründe liegen auf der Hand. Die erste Voraussetzung zum Wandel auf diesem Gebiet wäre ein reichhaltiges Nahrungsangebot. Bisher hat nur ein deutscher Bundesstaat, nämlich das Großherzogtum Hessen, die Wohnungsaufsicht für alle Gemeinden eingeführt. Nach dem Jahresbericht des Landesversicherungsinspektors von 1906 wurden von 57 327 der Aufsicht unterstehenden Mietwohnungen 31 667 besetzt. Beauftragt wurden in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern 950 (7,6 pCt.), in Gemeinden mit 5—20 000 Einwohnern 485 (8,1 pCt.), in Gemeinden mit 2—5000 Einwohnern 244 (4,8 pCt.), in Gemeinden unter 2000 Einwohnern 291 (3,6 pCt.). Das sind berechnete Zahlen für die schädliche Einwirkung solcher Wohnungen auch auf die Jugend. Es kann nicht genügen, wenn sich die Wohnungsinспекtion wie in Berlin nur auf die Schlafstellen erstreckt. Es ist begreiflich, wenn das Elend ungenügender Wohnungen in den Großstädten am ärgsten ist, ohne etwa das platte Land davon freisprechen zu wollen. Unsere Sozialpolitik sollte beherzigen, was Graf Posadowsky bei der Einweihung des „Posadowsky-Palastes“ in Berlin sagte: Ich habe kürzlich über eine Denkschrift gelesen, nach welcher unsere Hauptstadt Berlin im Jahre 1950 14 Millionen Einwohner zählen soll. . . . Wenn jene Berechnung auch nur annähernd richtig sein sollte, so folgt daraus, welche gewaltigen sozialen Aufgaben hier in unserer Hauptstadt unseren Nachkommen auch auf dem Gebiet einer zweckmäßigen, den Forderungen der öffentlichen Gesundheitspflege Rechnung tragenden Wohnungsfürsorge obliegen werden.“ Ihre Berechtigung hat diese Mahnung auch dann, wenn Berlin 1950 nicht 14 Millionen Menschen sollte beherbergen müssen.

Deutsches Reich.

— (Die 10. ordentliche Vertreter-Versammlung des Jungliberalen Reichsverbandes) findet bekanntlich am 10. und 11. Oktober in Oberfeld statt. Nach einem Begrüßungsabend am Freitag, 9. Oktober, wird

die Weinsorte und die Größe der Freizeile, womit die Begleiter erquidert werden sollten, genau bestimmt waren. Jakob hat noch hinzu, daß sie sogar den Mägden geboten habe, nicht zu wenig Rosinen in den Kuchen zu nehmen, denn das habe sie ihr Lebtage nicht leiden können und darüber würde sie sich noch im Grabe ärgern. Derselbe erzählt, daß sie gerade an dem verhängnisvollen Tage von einer Familie, die ihr Unwohlsein für unbedeutlich gehalten habe, zu einer Gesellschaft geladen worden sei, und daß sie auf die Einladung geantwortet habe: sie lasse sich entschuldigen, sie müsse alleweil sterben. Auch soll sie kurz vor ihrem Tode einem Fischer, der sich zur Anfertigung des Sargens empfohlen wolle, ruhig gesagt haben, es tue ihr leid, daß er zu spät komme, da sie bereits alles angeordnet habe, doch ließ sie ihm eine Entschädigung reichen. Der Tod erfolgte am 13. September 1808 um die Mittagszeit. Erst vier Tage später traf die Nachricht in Weimar ein, gerade als Goethe von Karlsbad zurückkehrte. Damals ruhte ihre Leiche bereits neben dem Gatten in der Tegernseher Gruft auf dem Friedhofe der Franziskaner Peterskirche. Als dieser später in eine öffentliche Anlage verwandelt wurde, mußte erst durch genaue Nachforschungen die Begräbnisstätte ermittelt werden.

Am 25. Mai 1883, dem hundertjährigen Todestage des Vaters, wurde das von der Stadt Frankfurt Goethes Eltern ererbte Denkmal eingeweiht. Hier ruht das, was sterblich an ihr war. So lange es aber eine deutsche Nation geben wird, wird man auch jener unvergleichlichen Frau gedenken, die ihr den größten Dichter und der Menschheit einen ihrer erlauchteten und unübersehbaren Geister geschenkt hat.

Buntes Feuilleton.

— Die Hofstuden des Sultans Abdul Ahs. Über die Wirtschaft am Hofe des Sultans Abdul Ahs, der Klaviere und Automobile nur zu Dutzenden, Federbetten nur zu Hundert Stück kaufte, wird nunmehr ausführliche Mitteilungen erzählt. Von einem „Kamer der Verhältnisse“ legt sich die „Wiener Allgemeine Zeitung“ nun

die Versammlung am Samstag, den 10. Oktober, vormittags 9 Uhr eröffnet, und zunächst der geschäftliche Teil nebst seinen Anträgen erledigt. Nachmittags erstattet Dr. Fischer den politischen Bericht; daran anschließend Beratung und Beschlußfassung über die politischen Anträge. Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 10 Uhr ist die Eröffnung des offiziellen Referates über die Agrarfrage (Referent Dr. Witte, Frankfurt a. d. O.) und die sich daran anschließende Diskussion angesetzt. Montag, den 12. Oktober, ist ein gemeinsamer Ausflug vorgesehen.

— (Zum 70. Geburtstag Professor Rippolds.) Seinen 70. Geburtstag kann heute Professor D. Friedrich Rippold begehen. Neben dem Gustav Adolf-Verein, für dessen Arbeit schon das Herz des Knaben in seiner Vaterstadt Emmerich schlug und in dessen Zentralvorstand der gereifte Mann eine Reihe von Jahren tätig sein durfte, ist besonders der „Evangelische Bund“ dem Jubilar zu lebhaftem Dank verpflichtet. Denn Professor Friedrich Rippold hat nicht nur durch eine Reihe größerer und kleinerer Schriften, von denen wir sein fünfbandiges „Handbuch zur neuesten Kirchengeschichte“ hervorheben, weite Kreise über die vom Jesuitismus und Ultramontanismus drohenden Gefahren aufgeklärt; er gehört mit Professor D. Weisbach zu den Begründern des „Evangelischen Bundes“, dessen Sache er auch durch Vorträge in den verschiedensten Teilen Deutschlands gebietet hat. Ebenso hat er sich mit Professor Weisbach als warmster der altkatholischen Bewegung angenommen. Seit einem Jahre lebt Professor D. Rippold, welcher 1883 als Karl Dörs Nachfolger auf den Lehrstuhl der Kirchengeschichte nach Jena berufen wurde, in Oberursel bei Frankfurt a. M. im wohlverdienten Ruhestande. Er kann auf ein reiches Lebenswerk zurücksehen und schafft unermüdet weiter; denn auch für ihn heißt Leben Arbeiten.

Badische Politik.

Revisionisten und Nationalliberale.

Der „Bad. Beobachter“ gibt unsere Ausführungen über die radikalen Endziele der radikalen Sozialdemokratie mit ihren Nuanzenwörterungen wieder und bemerkt dazu: Wir haben diesen Ausführungen nicht hinzuzufügen. Die Hoffnungen im Sinne Posnermanns, wie sie in den vorliegenden Auslassungen ausgesprochen sind, als ob sich der Nationalliberalismus in Baden aus der Annahme des Revisionismus loslösen würde, sind reine Illusionen. Das könnte der „General-Anzeiger“ auch endlich merken.

Woher weiß der „Bad. Beobachter“ das? Er sollte den Lauf der Dinge doch erst abwarten. Noch ist nicht aller Tage Abend. Ihm freilich könnte es so passen, daß unsere Hoffnungen Illusionen bleiben und die Nationalliberalen durch eine unvorsichtige und vorläufige Stellungnahme in tatsächlichen Fragen dem Zentrum das ergiebteste und wohlfeilste Agitationsmaterial liefern.

Bayerische und Pfälzische Kultur.

* Zweibrücken, 14. Sept. Dieses Jahr wurde die Hauptversammlung des Pfälzischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes hier abgehalten. Der Jahresbericht sprach von einem erfreulichen Wachsen der Zahl der Bundesmitglieder, die sich auf nahezu 8000 beläuft. In der sehr gut besuchten Volksversammlung sprachen die Vertreter der benachbarten Hauptvereine, während der Bundesleiter Voelting sich über die Arbeit des Bundes vertrat.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 15. September 1908.

Angero: Deutsche Generalversammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland.

Im Versammlungsloale des Rosengartens fand heute vormittag die angekündigte außerordentliche Generalversammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland unter dem Vorsitz des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein in Anwesenheit von etwa 60 Herren statt. Die Präsenzliste enthält u. a. folgende Namen: Ministerialdirektor Dr. Gledner-Artisruhe als Vertreter der Reg. Regierung, Geh. Oberregierungsrat Pfisterer, Geh. Reg.-Rat Dr. Clemm, Oberbürgermeister Morzin, Stadträte Dr. Alt, Haffermann und Löwenhaupt, Großkaufmann Louis Dirich, Fabrikant Emil Reinhardt, Louis Jordan und Dr. Blauschein als Vertreter der Handelskammer, Reichstagsabg. Gebrandt Dr. W.

folgende Geschichte erzählen. Als Abdul Ahs eines schönen Tages seine Schatzkammer — die Europäer nannten sie despotisch einen Tausendtafel — inspizierte, fiel ihm ein, daß er für seine Haremstamnen keine ihrer Würde angemessenen Kutschen habe. Sofort gab er den Auftrag, für seinen Harem Wagen zu beschaffen, damit die Damen späteren fahren könnten. So bekommt man die schönsten Wagen! Natürlich in Paris, der Hauptstadt der Welt. Sofort erging also nach Paris Auftrag, Wagen für den Harem anzufahren. Dem Pariser Geschäftsvorsteher des Sultans mußte das nicht viel Kopfschmerzen bereiten. Elegante, moderne Kutschen nach Marokko zu schicken, viel ihm natürlich nicht im Traume ein. Wozu auch? Etwas sind diese für marokkanische Straßen wirklich nicht geschaffen, und zweitens verdient man nicht genug davon. Also ging der Agent hin und kaufte — vier absolute Lammboje der Pariser Camibusgesellschaft. Sie wurden an den marokkanischen Hof geschickt und erregten das Entzücken der Haremstamnen, die nun hoh in den alten Lammbojen durch die Straßen der Hauptstadt hupperten. Nach mehr entzückt als sie waren aber die dort anwesenden Pariser, als sie auf den miserlich marokkanischen Haremstamnen die Kutschpferde sahen: Glibby-Donigolles-Odon. Man hatte nämlich vergessen, die Rüstungsreifen von den Lammbojen zu entfernen.

— Mann sein heißt Verantwortung haben. Man schreibt der „Zagl. Rundsch.“: Eine städtische Geschichte vom kleinen Gernebeck spielte sich jüngst in Sierokiden ab. Der 17-jährige Bub eines Oberlehrers war mit seiner Schwester im besondern Dorf A. zu Besuch. Da bricht ein hartes Gewitter mit Regen und Blitzschlag aus. Der junge Mann bemerkt das kaum und — aus dem Hause laufen und sich nach dem ältesten Baum zu in Trab setzen, ist das Werk eines Augenblicks! Durchnäht und atemlos vom raschen Gang kommt er dorthin an. Die Mutter fragt erschrocken, weshalb er in diesem Regen und Gewitter nach Dorfe komme? Und ganz ernsthaft erwidert der Kleine: Vater ist doch nicht zu Hause und da komme ich bloß, damit doch wenigstens ein Mannchen im Quartier ist, wenn was passiert!

— Verhaftung eines Heiratsswindlers. München, 16. Sept. Am Samstag wurde in der Nähe des

v. Dirken, Geh. Hof. Dr. Hecht, Landrat a. D. Koeniger, Prof. der Essener Handelsschule, Hüttenb. v. Voepelius, Sulzbach, Prof. Dr. Jul. Wolf-Breslau, Hartmann-Widder, Wiesbaden als Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Gerh als Vertreter der Handelskammer Koblenz, Kommerzienrat Schott und Dr. Schupp als Vertreter der Handelskammer Heidelberg, Direktor Rosenfeld und Dr. Kleiner als Vertreter der Industriehilfe Mannheim, Brudner und Dittge namens des Vereins deutscher Papierfabrikanten, Prinz v. Twardel namens des Westfälischen Bauernvereins, Professor Dr. Herzfeld, Geheimrat König und Prof. Dr. Denisch namens des Vereins der deutschen Industrie, Kommerzienrat Dr. Hammerger, Präsident der Handelskammer Mainz, Hofappt. v. Cudra, Sekretär des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, Rudolph, Generalsekretär Bück-Berlin, Dr. Hans Clemm, Direktor der Zellulosefabrik Waldhof, Fabrikant Karl Lang, Kommerzienrat Jeller, Dr. Adolf Richter, Forstheim, Dr. Schlenker, Geschäftsführer des Bauernwirtschaftlichen Verbandes der Westdeutschen Industrie Arnberg, Ingenieur O. Smereker, Dr. Fark von der Firma Geh. Stumm-Neunkirchen und Fabrikant Ed. Schweitzer.

Die Versammlung wurde kurz nach 1/11 Uhr durch den Vorsitzenden,

Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein

mit einer längeren Begrüßungsansprache, in welcher insbesondere auf die Erfolge des Vereins Bezug genommen wurde, eröffnet. Es entspricht, so führte der Redner aus, dem Wesen unseres Vereins, daß wir uns bestreben, praktische Ergebnisse dadurch zu erzielen, daß wir suchen, mit den interessierten Kreisen in möglichster Fühlung zu bleiben, mit denjenigen Männern, welche im praktischen öffentlichen Leben stehen. Ihre zahlreiche Anwesenheit bezeugt, daß unsere Bestrebungen Anklang finden und daß das Interesse für den Verein wachgehalten bleibt.

Unsere bisherigen Arbeiten haben in erster Linie gegolten den Beziehungen zu Amerika, unseren Bedürfnissen in Bezug auf den Import und Export. Sie haben gegipfelt in der Mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz in Wien. Unsere Wünsche haben sich dort verdichtet in Vorschlägen, die zum Teil Verwirklichung in dem Handelsabkommen mit Amerika gefunden haben. Unsere weitere Tätigkeit hat den Handelsbeziehungen mit Oesterreich-Ungarn gegolten. Die letzten Monate sind fast völlig durch die Vorbereitungen zum Schiedsgericht ausgefüllt worden, welches sich Geheimrat Jeler, einer der ersten Autoritäten auf diesem Gebiet, unterzogen hat. Sie haben bei der Budapest-Konferenz ihre Fortsetzung mit den Ungarn und Oesterreichern gefunden in Anlehnung an das schon fertige Oesterreichische Schiedsgericht, um eine möglichst Uebereinstimmung in den drei Staaten herbeizuführen. Es hat unsere Arbeit der Staatsregierung vorgelegen und es ist gelungen, ein Schiedsgericht ins Leben zu rufen, welches einen möglichst einheitlichen Charakter für diese drei Staaten bekommen hat. Es ist unser Bestreben, möglichst dem Ziele nahe zu kommen, die Erleichterung des Geld- und Handelsverkehrs in Mitteleuropa anzustreben unter Berücksichtigung der jeweiligen Geographie und Autonomie der Einzelstaaten und ich glaube, wir sind durch das Schiedsgericht auf diesem Wege einen Schritt weiter gekommen. Im Laufe der Zeit hat sich ferner das Bedürfnis geltend gemacht, unserem Verein den großen Kreis von Spezialisten, welche ihm angehören, möglich nutzbar zu machen auch für die sich ergebenden Tagesfragen, soweit es mit unserem Programm in Einklang zu bringen ist. Es hat bisher der Mangel bestanden, daß in den Parlamenten die Zahl der industriellen Kapazitäten nur in bescheidenen Grenzen vertreten war. Man hat infolgedessen den Wunsch gehabt, diesen Mangel, welcher darin besteht, daß eine Regierungsvorlage fertig ausgearbeitet einem Kreise von Parlamentariern vorgelegt wird, welche abhängig sind zum Teil durch ihr politisches Programm, abzuhelfen durch eingehende Beratungen unter Heranziehung von Sachverständigen, welche die fertige Arbeit der Staatsregierung einreichen. Die Staatsregierung ist selbstverständlich berechtigt, mit diesen Arbeiten zu machen, was sie will. Jedemfalls aber können wir unsere Aufzählung auf diese Art und Weise zum Ausdruck zu bringen. Es begegnen sich bei uns die Kreise des Handels, der Landwirtschaft und der Industrie. Sogar der Vereinsleistung ist es nun, da wir unser festgelegtes Programm nicht ins Werk setzen wollen, an uns herantretende Vorschläge zu kontrollieren, das Was dessen festzustellen, inwiefern wir die sich ergebenden Tagesfragen für unsere Bearbeitung als geeignet erachten. In Berlin wird im Laufe des 14. eine mitteleuropäische Konferenz einberufen werden, welche sich mit der Einwanderungsfrage, dem Austausch der Arbeiter und der Erweiterung des internationalen industriellen Handels befassen wird. Wir können im allgemeinen zufrieden sein mit dem bisher Erreichten. Wir wollen uns nicht an die dreiten Wässer wenden. Wir wollen praktische Arbeit schaffen, geleistet durch

Salinhofes der Agent Damerlein aus der Augustenstraße von Kriminalbeamten in dem Augenblick verhaftet, als er das Weite suchen wollte. Damerlein, der in der Augustenstraße ein Vermissungsgeheimnis betrieb, war erst vor einem Jahre aus dem Justizgefängnis entlassen worden und erwarb sich seitdem seinen Unterhalt durch allerlei Schwindeleien. In den letzten Tagen meldeten sich vier Frauen, die durch das Bekanntwerden der Vermissungsgeheimnisse des Kriminalers Nelson freigegeben worden, auf der Polizei mit der Angabe von Damerlein unter dem Vorwand der Ehe im größten Geldbedürfnis befristet werden zu sein. Eine von den Geschädigten leitete dem Schwindler mehrere tausend Mark zur Vergütung seines Geschäfts gegeben. Damerlein wurde in das Untersuchungsgefängnis am Kreuzes eingeliefert.

— Der Gerichtsvollzieher bei Ebelm Zahn. Der „Berl. Volksanz.“ meldet aus Remont: Der Gerichtsvollzieher befragte nach Ebelm Zahn ein Portrait, ein Geschenk von Stamford White, weil sie die Rechnung einer Schneiderin nicht bezahlt hatte.

— Goldene Hochzeit des Erzherzogs Zeppelins. Der „Berl. Volksanz.“ meldet aus München: In Anwesenheit des Grafen Zeppelin beging der ehemalige Erzherzog des Grafen, Grafen Kaiser, die goldene Hochzeit.

— Für 2000 Mark Zwölfen gekohlen. Der „Berl. Volksanz.“ meldet aus München: Auf der Heide nach Aßlingen wurden einem Engländer für 20 000 Mark Zwölfen aus dem Aßlinger gestohlen. Für die Wiedererlangung sind 2000 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

— Einbruch. Die „Voss. Z.“ meldet aus Hamburg: In der Villa des Generaldirektors Wallin ist in der letzten Nacht ein Einbruch verübt worden. Die Einbrecher brachen von neun Oeden die goldenen Kronen ab und stahlen zahlreiche Sachen. Sie liegen am Latorte ihre zertrümmerten Schicksale zurück.

— Zwei zusammengebundene Leichen gefunden. Bonn, 15. Sept. Unterhalb Rindorf wurden im Rhein zwei zusammengebundene Leichen gefunden, ein etwa 30 Jahre alter Mann und ein annähernd gleichaltriges Weibchen. Man nimmt an, daß beide den Tod aus Liebesschmerz gesucht haben. Ueber die Persönlichkeit beider ist noch nichts festgestellt.

Arbeit von Sachverständigen, welche den breiten Massen zugute kommt. Wir bedürfen keines politischen Programms, sondern nur leistungsfähiger Arbeit. Ich möchte unseren Dank vor allen Dingen aussprechen der Stadt Mannheim für die freundliche Aufnahme, die uns hier zuteil geworden ist. Ich möchte weiter den Dank aussprechen der Großh. Staatsregierung, die diese Tagung ermöglicht hat, den Vertretern der Handelskammer und vor allen Dingen Herrn Geh. Hofrat Dr. Hecht, dessen unermüdeten Bestrebungen für die Sache wir außerordentlich verpflichtet sind und der sich persönlich in hervorragender Weise in den Dienst der Sache gestellt hat. Ich erkläre die heutige Tagung für eröffnet. (Lebhafte Beifall).

Ministerialdirektor Dr. Wladner begrüßt die Versammlung namens der Großh. Regierung in herzlichster Weise. Die Regierung verfolge mit lebhaftem Interesse die Tätigkeit des Vereins, der sich die Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der mitteleuropäischen Staaten zum Ziele gesetzt habe. In ganz besonderer Weise müsse die Tagesordnung der heutigen Versammlung die Aufmerksamkeit der Großh. Regierung auf sich ziehen, da auch in Baden eine Neuordnung des Wasserrechts erforderlich werde. Die hierauf bezüglichen Vorschläge der Regierung konnten zwar auf dem letzten Landtag nicht zur Erledigung gebracht werden, aber es ist doch wenigstens ein in den letzten Tagen veröffentlichtes Notgesetz der Regierung, das bis zum Schluss des Jahres 1910 Geltung hat. In Kraft getreten. Welche Bedeutung dieses Gesetz gewinnen könne, möge man daraus entnehmen, daß nach einer Denkschrift im März ds. Jrs. aus diesen natürlichen, öffentlichen Wasserläufen im Großherzogtum im Ganzen rund 200.000 Pferdestärkte gewonnen werden können. Von ganzem Herzen wünsche er daher der Tagung den besten Erfolg.

Oberbürgermeister Martia dankt namens der Verwaltung der Stadt Mannheim der Versammlung herzlichste Willkommen. Die Stadt Mannheim und ihre vorwiegend Industrie und Handel treibende Bevölkerung freue sich aufrichtig, eine Vereinigung begrüßen zu dürfen, die sich selbst als ein den Frieden stützendes Element bezeichne. Mit dem von den führenden Männern des Vereins propagierten Gedanken einer unpolitischen wirtschaftlichen Allianz werde man sich umso mehr einverstanden erklären können, als durch die Expansion anderer moderner Verkehrsmittel zum Weltverkehr tagtäglich neue Berührung- und Reibungsflächen zwischen den einzelnen Nationen erzeugt werden und deshalb eine möglichst weitreichende einheitliche Pflege der wichtigeren wirtschaftlichen Gebiete zur gebieterischen Notwendigkeit macht. Die Industrie der Stadt Mannheim verfolge mit lebhaftem Interesse die Bestrebungen des Vereins und wünsche auch dieser Tagung den besten Erfolg. Er schließt mit dem Wunsche, daß es den fremden Gästen in Mannheim gut gefallen möge.

Geschäftsmann Louis Girsch begrüßt die Versammlung namens der Mannheimer Handelskammer. Wenn unsere Stadt auch landwirtschaftlich nicht viel bietet, so besitzt sie doch sehr bedeutende Hafenanlagen, eine hochentwickelte Industrie und große Schiffahrtunternehmungen. Redner gibt einige Zahlen, welche die Bedeutung Mannheims im wirtschaftlichen Leben illustrieren. Er hoffe, daß die Tagung von gutem Erfolge begleitet sein möge und daß man Mannheim in diesem Ansehen behalte.

Der Vorsitzende gibt alsdann ein Telegramm des österreichischen Bundesrates bekannt und begrüßt bei dieser Gelegenheit den Sekretär des österreichischen Vereins. Auf Vorschlag des Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung weiter mit der Wendung folgendermaßen:

Telegramm an den Großherzog
 Einvernehmlich beschlossen ist die Bitte an den Großherzog, die Mitteleuropäische Wirtschaftsvereinigung in Deutschland, zu seiner außerordentlichen Versammlung in Mannheim einzuwirken, die Würdigung zu erwidern und hofft, in seinen Verhandlungen für das deutsche Reichland Nutzen zu stiften und bittet um gütige Anweisung des Hrn. Hofrat Dr. Hecht für seine Bestrebungen auch weiterhin.

Statutenänderungen.
 Gehobter Reichstagsabg. Dr. W. v. Ditzgen befürwortet namens des Direktoriums und Ausschusses eine Anzahl Statutenänderungen. Die ersten drei Paragraphen enthalten darnach folgenden Wortlaut:

Der Name des Vereins ist: „Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein in Deutschland“. Sein Sitz ist Berlin.

Der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein in Deutschland bezweckt, unter unbedingter Ablehnung aller rein politischen Ziele: 1. in den mitteleuropäischen Staaten, in welchen die Möglichkeit einer Annäherung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse am meisten gegeben erscheint, für eine gleichmäßige Behandlung von Gegenständen des Wirtschaftslebens und Wirtschaftsrechts, für eine gegenseitige Indienststellung wirtschaftlicher Einrichtungen und für eine möglichst gemeinsame oder gleichmäßige Behandlung internationaler Interessen auf dem Gebiete des Wirtschaftsverkehrs, insbesondere des Zoll- und Tarifwesens und der Schlichtung internationaler Streitigkeiten zu wirken; 2. die den drei Berufsständen — Industrie, Handel, Landwirtschaft — gemeinsamen wirtschaftlichen Bedürfnisse nach innen und außen zu vertreten, insbesondere auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Gesetzgebung und Verwaltung; 3. in den Fällen gleichartiger Interessengegenstände zu vermitteln.

Zur Erfüllung der im § 1 bezeichneten Zwecke sollen durch Beschluß des Direktoriums ein für allemal oder für den einzelnen Fall besondere Arbeitsausschüsse gebildet werden, in denen die drei Berufsstände: Industrie, Handel und Landwirtschaft eine gleiche Anzahl von Vertretern zu erhalten haben, und deren Vorsitzende vom Direktorium bestimmt werden.

Redner nahm dabei Bercksichtigung, gegen einen Artikel der Frankfurter Zeitung zu protestieren, der sich gegen die Statutenänderungen u. a. mit dem Vorwurfe wendet, daß der Verein jetzt schamacherische Bahnen einschlagen wolle. Dem Artikel lagen keine sachlichen Absichten zugrunde, sondern lediglich persönliche Gefühlsregungen. Es genüge deshalb, den Artikel niedriger zu hängen. Die Statuten werden hierauf mit einer aus der Mitte der Versammlung vorgeschlagenen redaktionellen Änderung einstimmig angenommen.

Neuwahlen zum Ausschuss und zum Direktorium.
 Neugewählt werden der Kommission die Herren Direktor Hermann-Mannheim, Dr. v. Cotta-München, Geheimer Kommerzienrat Karl Haas-Mannheim, Fabrikant Karl Lang-Mannheim und Dr. v. Bachmann-München.

Neugestaltung des Wasserrechts in den deutschen Staaten.
 Ueber dieses Thema spricht zunächst Syndikus Dr. Schlenker-Wiesberg.

Der Redner weist zunächst darauf hin, daß zu einer Zeit, wo die bedeutendsten Probleme der Wasserregulierung der Wasserregulierung, des Ausbaues von Wasserstraßen usw. auf der Tagesordnung stehen, wo die Straßen genötigt seien, die verschiedenen Wasserregulierungsarbeiten der schnell fortschreitenden Ent-

wicklung anzupassen, es gewiß für den Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein ein Verdienst sei, gerade diese so außerordentlich schwierige Frage auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Nach allgemeinen Betrachtungen über die zunehmende Bedeutung, welche neuerdings die Ausnutzung der Wasserkraft erlangt, und nach kurzem Hinweis auf die in Bayern geplante Elektrifizierung eines größeren Teiles der Staatsbahnen, auf die in Baden (nach der Aufstellung des Baureits Buchs) schlummernden Wasserkraften sowie auf die Schweizerischen Bestrebungen, das Land von der Kohleneinfuhr aus dem Auslande unabhängig zu machen, geht der Berichterstatter auf die bayerische, sächsische und preussische Wasserregulierung näher ein. Aus praktischen Gründen sei es zweckmäßig, die bayerische und sächsische Wasserregulierung, auf die noch irgend einen Einfluß zu erlangen als ausgeschlossen bezeichnet werden müßte, nur allgemein zu betrachten, dagegen aber den preussischen Entwurf, für dessen künftige Gestaltung die heutigen Beratungen unter Umständen wichtig sein könnten, einer eingehenden Prüfung zu würdigen. Dem Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein, der sich nach der beschlossenen Erweiterung des Kreises seiner Tätigkeit ja die Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der drei Berufsstände: Industrie, Handel und Landwirtschaft zur Aufgabe gestellt hätte, eröffne sich hier ein außerordentlich reiches Tätigkeitsgebiet, da gerade beim Wasserrecht, insbesondere bei der Abwasserfrage, sich die Interessen von Industrie und Landwirtschaft gegenüberstünden. Der Referent gibt von den Fortschritten Kenntnis, die die Industrie an ein künftiges Wasserrecht stellt, und kritisiert schließlich in eingehender Weise und unter Bezugnahme auf das von dem Vorsitzenden des Wasserwirtschaftlichen Verbandes, Herrn von Schend-Weisberg, erhaltene Gutachten die einzelnen Bestimmungen des Gesetzesentwurfes. Zum Schluß seiner Ausführungen gibt der Berichterstatter davon Kenntnis, daß Ende November im preussischen Abgeordnetenhaus ein Kongreß aller am Wasser und an der künftigen preussischen Wasserregulierung interessierten wirtschaftlichen Verbände stattfinden soll, zu dem die bedeutendsten wirtschaftlichen Vereine ihre Beteiligung bereits zugesagt haben. Er gibt unter erneuertem Hinweis darauf, daß die mächtige Entwicklung der Wasserwirtschaft die gesetzliche Regelung der Materie auch in Preußen gebieterisch erheische, dem Wunsche Ausdruck, daß Industrie und Landwirtschaft, im Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein zusammenarbeitend, sich davon überzeugen möchten, daß es nimmer an der Zeit sei, der Wasserwirtschaft die feste Rechtsgrundlage zu geben. Es wäre dies aber nur möglich bei gegenseitiger Verständigung und bei Verständigung mit der Staatsregierung. Wenn hier der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein eingreife, um einen tüchtlichen Ausgleich der Interessen der Landwirtschaft einerseits und der Industrie und Schiffahrt mit den Kommunen andererseits herbeizuführen, so könnte er des Dankes aller beteiligten Kreise gewiß sein.

Der zweite Berichterstatter,

Jugenderer Smreter-Wannheim, beehrte sich im Anschlusse an die Ausführungen von Dr. Schlenker über die Wasserrechtsverhältnisse Baden's und Württemberg's, welche für Baden durch das Wassergesetz vom 26. Juni 1899 und für Württemberg durch das Wassergesetz vom 1. Dezember 1900 getroffen sind. Hierauf erörterte der Referent die Frage der Wasserbeschaffung für die menschlichen Siedelungen und für die Industrie und weist nach, in welcher umfangreicher Weise das unterirdische oder Grundwasser, das bis vor wenigen Jahrzehnten fast unbedacht gelassen war, zur Lösung dieser Frage heute herangezogen wird. In Anbetracht der großen Bedeutung des Grundwassers für unser Kultur- und Wirtschaftsleben muß von der modernen Wasserregulierung verlangt werden, daß die rechtlichen Verhältnisse bezüglich Eigentum und Nutzung des Grundwassers gesetzlich festgelegt werden, und daß insbesondere für bestehende Werke, gleichviel, ob solche kommunalen oder industriellen Zwecken dienen, das Nutzungsrecht dauernd gesichert wird. Der Berichterstatter bespricht nun eingehend die das Grundwasser betreffenden Bestimmungen des Entwurfs für das neue preussische Wassergesetz und weist insbesondere auf die Rechtsunsicherheit hin, die durch den neuen Entwurf, wenn er in dieser Form Gesetz werden sollte, hinsichtlich der Benutzung von Grundwasser geschaffen würde. Zum Schluß befragt er die Beteiligung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins an dem im November 1908 in Berlin stattfindenden Kongresse, da nur bei einem Zusammenwirken aller interessierten Faktoren ein Erfolg dieser Bestrebungen zu erwarten sei.

An die Vorträge schließt sich keine Diskussion.

Nach kurzer Pause referiert Geheimer Hofrat Dr. J. Hecht in höchst interessanter Weise über die

Organisation des langfristigen industriellen Kredits.
 Der Redner weist zunächst darauf hin, daß die bekannten Störungen im Wirtschaftsleben, die im Jahre 1907 eingetreten seien, und deren Einwirkungen sich noch immer in hohem Maße geltend machten, ihn veranlaßt hätten, die Frage zu prüfen, ob unsere Kreditorganisation als vollständig durchgeführt zu gelten habe, oder ob sie nicht länderweise sei. Da müsse man nun konstatieren, daß auf dem Gebiete des landlichen und städtischen Bodenkredits eine Organisation für die sogenannten zweiten Stellen fehle. Der städtische Bodenkredit in mittleren und kleineren Städten sei in diesen Teilen Deutschlands nothwendig. Die Verleihung größerer Terrainkomplexe, selbst wenn vollkommen erschlossen und mit Wasserleitung und Kanalisation versehen, wie nicht minder die vollkommen konzeptionsreife Vorstellen sei erheblich erschwert. Die Organisation des ländlichen (hypothekären) Kredits sei mangelhaft. Daneben gebe es andere Gebiete, auf denen zwar die Möglichkeit eines Kredits prinzipiell vorhanden, der gebotene Kredit aber nicht richtig organisiert sei, was schließlich eine Lücke in der Organisation des Kredits gleichkomme. Hierher gehöre der langfristige industrielle Kredit.

Deutschland lie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts überwiegend ein Agrarstaat gewesen, habe sich aber jetzt zu einem mächtigen Handels- und Industriestaat entwickelt. Der industrielle Kredit sei dabei ein Nebenprodukt des Handelskredits geblieben; die Entwicklung der deutschen Industrie habe sich im Schlepptau des Handelskredits befunden. Infolgedessen sei der industrielle Kredit vielfach ganz unrichtig bewiesen worden. Man habe ihn verlangt, wo man ihn gar nicht hätte verlangen sollen. An sich sei der industrielle Kredit nicht gefährlicher als der Handelskredit; aber die Gewährung des Handelskredits erfolge mit reiferer Technik und größerer Sachkenntnis. Der industrielle Kredit sei so eigenartig, daß er nach allen Richtungen hin, generell und im Einzelnen, einer besonderen Beurteilung bedürftig sei.

Der Redner skizziert in Kürze die Ursachen der industriellen Verschuldung gegenüber den Banken und beleuchtet das gegenseitige Verhältnis von Banken und Industrie. Durch das Hypothekensystem sei die Gewährung eines gewerblichen Bodenkredits tatsächlich ausgeschlossen. Die Gründung einer gewerblichen Grundkreditbank sei heute nicht mehr möglich. Der Industrielle müsse sich auch für den Fall eines Kredits, den er als langfristigen brauche, an seine Bankverbindung wenden. Die Banken gäben in den Formen des kurzfristigen

Kredits tatsächlich in zahlreichen Fällen, und zwar mit Bewußtsein, langfristigen Kredit. Die Industriellen fügten sich dieser Vorlage. Solange Organisationen, die der Eigenart des Kreditbedürfnisses nicht angepaßt wären, fehlten, würde eben der erforderliche Kredit in unvollkommener Form aufgenommen. In Zeiten, wo das Geld knapp sei, mache sich das weniger fühlbar; mit einem Umschlag der Konjunktur aber räche sich die fehlende Organisation des langfristigen Kredits für die Industrie. „Man hat in der Form von Tratten etc. an den Geldmarkt appelliert, statt rechtzeitig an den Kapitalmarkt zu appellieren.“ Die Störungen auf dem Geldmarkt im Jahre 1907 seien durch diese Praxis mit veranlaßt worden. Alles dränge darauf hin, eine Organisation des langfristigen industriellen Kredits zu schaffen.

Das Korrelat des langfristigen industriellen Kredits ist die Ausgabe von industriellen Obligationen. Die industriellen Unternehmungen ersten Ranges hätten ihren Bankentzern: das sei aber nur eine vorübergehende Hilfe. Die meisten industriellen Firmen verfügten nur über einen lokalen Markt für ihre Obligationen; und damit könnten auch die Bankinstitute, die solche Obligationen übernahmen, derartige Schuldverschreibungen nur in einem beschränkten Umfang emittieren. Es fehle ein Zentralinstitut des industriellen langfristigen Kredits, dessen Organisation verschiedentlich gestaltet werden könne. Insbesondere als Trustgesellschaft. Publizität, kurze Umlaufdauer der Obligationen, höhere Verzinsung würden ihren Abzug fördern. Die Provinzialbanken, aber auch die Großbanken, hätten ein erhebliches Interesse, die Wirksamkeit eines solchen Zentralinstituts zu begünstigen und somit zur reinlichen Scheidung zwischen kurzfristigem und langfristigem industriellen Kredit beitragen.

Die Modalitäten und Voraussetzungen für die Gewährung des langfristigen industriellen Kredits wurden in scharfer Präzisierung dargelegt und insbesondere unter ganz neuen Gesichtspunkten die Frage erörtert, wie für die Bemessung des industriellen Kredits ein zweckmäßiger Prüfungsapparat herzustellen sei, der, ohne unüberwindliche Kosten und Weitläufigkeiten zu erheben, das neue Institut in die Lage setze, mit hinlänglicher Zuverlässigkeit den Wert festzustellen, der für die Gewährung eines industriellen Kredits bestimmend sein müsse.

In der lebhaften Diskussion ergreift zunächst Herr. von Bachmann-München, Direktor der Bayerischen Handelsbank, das Wort. Er habe die Vorschläge bei nächstiger Prüfung für das „Ei des Kolumbus“ gehalten. Je mehr er aber in die Materie eingedrungen sei, desto mehr seien die Zweifel gewachsen. Redner begründet in ausführlicher Weise seine Bedenken und referiert, daß die Sache der allerdingsten Prüfung wert sei und daß jeder Bachmann über die geistvollen Darlegungen des Referenten seine helle Freude haben müsse, aber ob es wirklich gelinge, auf diese Weise den Bedürfnissen der Industrie ein wesentlich neues Abhilfsmittel zur Verfügung zu stellen, möchte er bis zur besseren Belehrung in Zweifel ziehen.

Regierungsrat a. D. Schrey-Langjahr bei Danzig, Vorsitzender des Verbandes Ostdeutscher Industrieller, möchte bringen, vor den großen Schwierigkeiten, die der Schaffung eines Zentralinstituts entgegenstünden, nicht zurückzufahren. Ein derartiges Institut, das sich vorläufig nur auf die Gewährung von langfristigen Kredit an absolut sichere Unternehmungen zu beschränken brauche, werde ein Segen für die deutsche Industrie werden.

H. A. Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, spricht sich für die Vorschläge und Anregungen des Vorsitzenden aus.

Herrsg. Ernst Günther zu Schleswig-Holstein ist der Ansicht, daß ein solches Zentralkreditinstitut auch den industriellen Betrieben der Provinzkommission hilfreich unter die Arme greifen könne.

Regierungsrat a. D. Bachmann konstatiert, daß er kein prinzipieller Gegner der Vorschläge des Referenten sei. Er würde der Sache sehr positiv mitarbeiten würde, sobald die Hindernisse zur Gründung eines solchen Instituts überwunden werden könnten.

Geh. Hofrat Dr. Hecht stellt in seinem Schlusswort als Ergebnis der Diskussion folgende Thesen fest: 1. Ein Bedürfnis nach einer Organisation langfristigen Kredits ist vorhanden. 2. Um die Organisation zu erreichen, wird manche Schwierigkeit zu überwinden sein, aber die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Die Frage, welche Schritte zu ergreifen sind, um die Schwierigkeiten zu überwinden, wird den in einigen Monaten stattfindenden Kongress beschäftigen.

Der Vorsitzende ließ hierauf über die erste These abstimmen, die einstimmig angenommen wurde. Nachdem wurde die Tagung um 3 Uhr geschlossen.

Um 1/2 11 Uhr begann im Parkhotel das festliche Abendessen auf Einladung der Stadt das Hoftheater besuchte.

* In den Ruhestand versetzt wurde Amtsgerichtsdirektor Martin Fabian in Heidelberg.

* Uebertragen wurde dem Hilfsgerichtsdirektor Ludwig Schmolz beim Amtsgericht Freiburg unter Ernennung zum Registraturassistenten eine Bureaubeamtenstelle im Bezirksdienst bei der Staatsanwaltschaft Offenburg.

* Ernannt wurde Finanzassistent Karl Eisenhut zum Residenten bei der Landesversicherungsanstalt Baden.

* Ingeteilt wurde Finanzamtmann Alfred Schwaerzenberger in Hornberg dem Hauptsteueramt Singen als 2. Beamter der Finanzverwaltung.

* Die Einwohnerzahl von Mannheim belief sich nach dem letzten erschienenen statistischen Monatsbericht der Stadt Mannheim Ende Juli auf 179.780 Seelen.

* Medizinikasse der katholischen Vereine. Wir möchten auf das Interat der Medizinikasse der katholischen Vereine aufmerksam machen und insbesondere darauf hinweisen, daß während vier Wochen Gelegenheit zum freien Eintritt gegeben ist. Es mögen daher alle Interessenten, welche sich und ihre Familie zur Zeit gegen Krankheit versichern wollen, von dieser Vergünstigung Gebrauch machen. Wie oft hören wir die Aeußerung, nach Zahlung der Prämie ist die Beitragszahlung in der Medizinikasse mein Erbes. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Beiträge in allen bisherigen Verbänden dieselben sind. Betont mag noch werden, daß zur Mitgliedschaft nicht die Zugehörigkeit zu einem katholischen Verein notwendig ist.

* Warnung. In gegenwärtiger Zeit ist es vielfach üblich, im Freien keine Feuerchen, sei es zum Mähen von Kartoffeln oder auch nur zum reinen Vergnügen, anzuzünden. Wenn diese Feuerchen von leuchtigen Gebäuden, feuerangenden Sachen, fern von Wald und Halde angezündet werden, kann es eine Verletzung nicht zu erwarten. Wer aber an gefährlichen Stellen in Häusern oder Wäldern, oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerangenden Sachen anzündet, der wird nach Vorsatz, 208 des deutschen Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 60 M., oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Selbstredend hat er auch für jeden eventl. entstandenen Schaden aufzukommen. Da erfahrungsgemäß besonders Kinder gern im Freien Feuer anzündet, so sind

Kindern ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß dies verboten ist.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Eigener telegraphischer Bericht.)

Ch. Nürnberg, 15. Sept.

Vaul Singer eröffnet kurz nach 9 Uhr die Verhandlungen, indem er zunächst von einer

Erklärung Maurenbrecher

Kenntnis gab. Maurenbrecher bedauert, daß er gestern nicht in die Debatte eingreifen konnte, da er nicht Delegierter sei. Er setzt weiter auseinander, daß der gestern scharf angegriffene Artikel in der „Silke“ eine rein wissenschaftliche Arbeit von ihm sei, die ihrer ganzen Tendenz nach nicht zu den Kritikern gehört, die in bürgerlichen Blättern zu veröffentlichen durch die Dresdener Resolution verboten ist. (Lachen.)

Zu der Frage der

Frauenorganisationen

sind verschiedene Anträge gestellt. Nach den Vorkonferenzen Vorstand und Genossen vereinbarten Anträgen soll jede Genossin verpflichtet sein, der Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten. Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Unabhängig von den Vereinen der Männer sollen besondere Zusammenkünfte für die Frauen eingerichtet werden, welche der theoretischen und praktischen Schulung dienen. Der Antrag des Parteivorstandes hält die Sonderdelegation der Frauen zu dem Parteitag aufrecht; auch trifft er weiter die Bestimmung, daß dem Vorstande der sozialdemokratischen Organisationen mindestens eine Genossin angehören muß. Das Zentralbureau der Genossinnen soll bestehen bleiben. Nach der von der Frauenkonferenz gestellten Resolution sollten die Genossinnen verpflichtet sein, ihre weiblichen Angehörigen den Parteiorganisationen zuzuführen.

Vom Gewerkschaftsführer von Elm und 23 weiteren Genossen liegt ein Antrag vor, der sich dem Antrage des Vorstandes nur in seinem ersten Teile anschließt, dann aber die Sonderdelegation der Frauen zum Parteitag, das Zentralbureau der Genossinnen und die Bestimmung, daß dem Vorstand jeder sozialdemokratischen Organisation mindestens eine Genossin angehören muß, aufhebt.

Genosse Lipinsky-Weipzig und 20 weitere Genossen beantragen, die Bestimmung im Antrage des Parteivorstandes zu streichen, daß dem Vorstande der sozialdemokratischen Organisationen mindestens eine Genossin angehören muß. Ein Antrag Hamburg verlangt Aufhebung der Institution der weiblichen Vertrauenspersonen, ein Antrag Teltow-Beeskow, die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes durch eine weibliche Vertreterin zu vermehren.

Die Diskussion über die Frage der Frauenorganisationen leiteten die Reden des Gewerkschaftsführers v. Elm und des Reichstagsabg. Lipinsky-Weipzig ein, die ihre Anträge eingehend begründeten.

Der Antrag von Elm wird von der Genossin Zieg-Hamburg heftig bekämpft, die die Ansprüche der Frauen auf Vertretung im Vorstande und die Verbeibaltung der Frauenkonferenzen und der Frauenbildungsvereine verteidigt. Kinderkrankheiten werden in der sozialdemokratischen Frauenbewegung vorkommen, aber, so ruft Frau Zieg den Genossen zu: „Ihr müßt doch“.

Wie oft Ihr Kopf bei den Köpfen habt, warum sollen wir das nicht auch tun können! (Heiterkeit.) Hoffmann zieht den Hamburger Antrag zurück und unterstützt den Elm'schen Antrag.

In der weiteren, recht bedeutungslosen Diskussion trat von Elm nochmals für seinen Antrag ein und bemerkte gegenüber der Genossin Zieg, daß eine Rednerin auf der Frauenkonferenz geachtet habe: „Wir Frauen sind geborene Terroristen“. Es scheint, als ob die Frau den ganzen Parteitag terrorisierte und ihn unter den Pantoffel bringen wollte! (Heiterkeit.)

In der Abstimmung über die zu den verschiedenen Berichten gestellten Anträge wurde zunächst dem Parteivorstand Dehorgo erteilt. Der von Bremen gestellte Antrag: Die Parteihule in der bisherigen Richtung weiteranzubauen wurde mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag des Parteivorstandes mit seinem Amendement Hamburg, wonach der Parteitag erklärt: Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der freien Vereinigung der Gewerkschaften verbundenen Vereinen, sowie in dem allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband ist unvereinbar mit den Grundgeden und Interessen der Sozialdemokratie. Dasselbe gilt von den lokalen Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftsvereinen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind.“

Die Abstimmung über die zur Frage der Frauenorganisation gestellten Anträge ist folgende: Der Antrag Lipinsky und Genossen wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Der vom Parteivorstand in Vereinbarung mit den Genossinnen gestellte Antrag wird gegen eine starke Minderheit angenommen. Damit ist der Antrag von Elm und Genossen gefallen.

Angenommen wird weiterhin der Antrag Teltow-Beeskow und die Resolution der Frauenkonferenz, welche dahin abgeändert worden ist, daß es Pflicht der Genossen sein muß, ihre weiblichen Angehörigen aufzufordern, Mitglieder der Parteiorganisation zu werden.

Reichstagsabgeordneter Eichhorn erstattete nunmehr den

Parlamentarischer Bericht.

Seit der vorigen Session habe sich wenig geändert. Im Reichstag ist immer noch der Block Trumpf. Sein kompromittierender Charakter habe sich noch verstärkt. Man glaubte eigentlich an ein baldiges Ende des Blocks. Er besteht aber noch und man hatte die politische Unvollkommenheit des bürgerlichen Liberalismus zu gering eingeschätzt. Positive Arbeit habe der Block nicht geleistet. Der Freisinn hat sich dabei von einer Seite gezeigt, die geradezu physischen Ekkel erregen würde. (Beifall.) Man müsse sich wirklich fragen, ob man mit solchen Leuten noch persönlich verkehren könne. Man brauche nur an die Komodie zu denken, die aufgeführt wurde, als nach dem Konflikt mit dem Kriegs- und Finanzminister der Block in die Brüche zu gehen drohte. Da marschieren die freisinnigen Herren heran und toten Wache. Die Herren werden aber noch weiter gehen, denn die Verleumdung des Liberalismus ist nicht aufzuhalten. Die Regierung kümmert sich um die Eisenengfänge des Freisinn nicht, er positionierte sich umsonst. Trotz aller Bemühungen beim Berens- und Würgelstein ist es nicht gelungen, der Reaktion etwas abzutrotzen. Die sozialdemokratische Fraktion hat ebenfalls ihre volle Schuldigkeit getan.

In der Diskussion werden zunächst mehrere Anträge besprochen. Ein Antrag Berlin fordert die Partei-

genossen im Reichstag auf, gegen die, den Sozialistern gefährliche Konkurrenz der Militärkapellen Stellung zu nehmen. Ein Antrag Kollenburg a. Rader fordert Schritte zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes dahin, daß bei Feststellung des ordentlichen Tagelohns nicht nur der Verdienst der gewöhnlichen Tagelohnarbeiter, sondern auch der Durchschnittsverdienst der gelehrten Arbeiter berücksichtigt wird. Die gesetzliche Regelung des Krankenversicherungsgesetzes der Landarbeiter fordert ein Antrag Elbing. Ein Antrag Hamburg fordert die Ausdehnung der Versicherung auf alle Schichten der Lohnverdienenden Erwerber und nimmt Stellung gegen eine Sonderversicherung der Privatbeamten.

Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin polemisiert gegen einen Artikel Wolfgang Seines in den „Sozialistischen Monatsheften“, der sich gegen die politische Inaktivierung der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren ausspricht.

Die sämtlichen Anträge werden der Reichstagsfraktion als Material überwiesen und hierauf die Verhandlung auf heute Nachmittag vertagt. Es tritt eine Aenderung der Tagesordnung insofern ein, als heute Nachmittag zunächst die Kaiserfeier erörtert wird und morgen früh die Debatte über die Budgetfrage beginnt.

Landtagsabg. Baum-Nürnberg eröffnet und leitet die Nachmittags-sitzung, auf deren Tagesordnung die

Kaiserfeier

steht. Zu dieser Frage sind 19 Anträge eingereicht, wovon nur ein einziger Antrag nicht die ausreichende Unterstützung findet. Die Mitglieder des Parteivorstandes nahmen an der heutigen Nachmittags-sitzung nicht teil, weil sie durch eine Sitzung betreffs der Budgetfrage abgehalten sind.

Ueber die Kaiserfeier referiert Fischer-Berlin, der Geschäftsführer des „Vorwärts“. Er werde durch seine heutigen Ausführungen den ganz besonderen Beifall des Parteitagess sind, nicht so sehr durch das, was er sage, sondern durch das, was er nicht sage. Die Bedeutung der Kaiserfeier sei ausreichend erörtert worden. Was hier noch zu erwähnen sei, das ist die Frage, in welcher Weise die Opfer der Kaiserfeier zu unterstützen sind. Die Anträge verlangen zum Teil, daß die Unterstützung nicht durch die Lokal-, sondern durch die Zentralkommission erfolgen solle. Die Anträge Hamburg 3 und Elberfeld bei Kiel wollen den Wegfall jeder Unterstützung. Das steht im Widerspruch zu den Beschlüssen in Lübeck und Essen. Die Kampfkraft der Arbeiter würde nicht geschwächt, wenn man ihnen jede Unterstützung bei Maßregelungen in Folge der Kaiserfeier verweigern würde. Andere Anträge wollen die Ueberweisung der Frage an die Zentralkommission und den Parteivorstand zur erneuten Verhandlung nach in dem Sinne, daß die Unterstützung von den Zentralkommissionen der Partei und der Gewerkschaft geleistet werde. Das sei aber die Zentralkommission zu leisten nicht imstande. Die Mittel der Parteikasse seien zu politischen Kämpfen und Aktionen da. Die zentralisierten Gewerkschaftsverbände können aber gleichfalls entscheiden die Unterstützung der durch die Kaiserfeier Gemäßigten von sich aus ab. Kom würde sich für die großen wirtschaftlichen Kämpfe lahm legen.

Sammlungen für die Kaiserfeier vorzunehmen, würde verfehlt sein, da erfahrungsgemäß nur Geld bei Sammlungen für große öffentliche Zwecke eingeht. Das Verlangen aber, daß die am 1. Mai Arbeitenden einen Teil ihres Verdienstes für die Kaiserfeiern abgeben sollen, lehnen die Gewerkschaften entschieden ab, da es in vielen Gegenden schwer fällt, überhaupt die Arbeiter an die Organisation zu fesseln. Namens des Parteivorstandes bittet der Referent, alle Anträge abzulehnen, die um eine nochmalige Verhandlung der Unterstützungsfrage durch Parteivorstand und Zentralkommission eruchen, da der Parteivorstand keine andere Wahl habe, denn die Frage sei die: Geld! Geld! Geld! Die Kaiserfeier habe immer tieferes Bargeld geschlagen. In den Städten sei die Kaiserfeier gewaltiger und imposanter geworden. Wenn in diesem Jahre die Kaiserfeier viele Erwartungen nicht erfüllt habe, so sei das eine Erscheinung, die bei wirtschaftlichen Krisen stets zu beobachten sei.

In der Diskussion empfiehlt Stubbe-Hamburg das Annehmen eines Fonds für die Kaiserfeier. Die zwei Millionen organisierten Arbeiter könnten durch einen Beitrag von 50 Pf. eine Summe von 1 Million Mark mehr aufbringen.

Dann folgte wieder eine Vertreterin der schärferen Tonart, Rosa Luxemburg. Aus dem dualistischen Zusammenwirken der beiden Organisationen des Parteivorstandes und der Zentralkommission habe sie sich nie viel versprochen. Der Kaiserfeier sei die Unterstützungsfrage äußerst gefährlich. Die laute Gefahr, durch diese Frage erdroffelt zu werden. Es gebe nur einen einzigen Weg, dieser Gefahr zu entgehen, wenn man nämlich die Kaiserfeier möglichst ausdehne (Lachen), damit Maßregelungen nicht mehr möglich sind. Das zeige die Kaiserfeier in Puffisch-Polen. (Lachen.) Die Kaiserfeier in Deutschland hat nicht nur noch nicht gezeigt, was sie leistet, sondern sie hat ihre Zukunft noch vor sich.

Ueber Kiel: Die Kaiserfeier geht aufwärts, würde bei den Gegnern als Schwäche ausgedeutet werden. Die Opfer, die wir dann zu bringen hätten, wären noch viel größer als jetzt. Früher, der Spezialist der Kaiserfeier (Heiterkeit) habe gesagt: Hier haben wir, wir können nicht weiter! (Heiterkeit.) Ich glaube aber, wir können noch weiter!

Die Budgetfrage.

Nach einem Privattelegramm der Mannheimer „Volksstimme“ aus Nürnberg vom heutigen Tage geht die Stimmung der süddeutschen Delegierten dahin, daß die vom Parteivorstand und Kontrollkommission vorgelegte Resolution unannehmbar sei. Verständigung oder Bruch, das ist nun die Frage. Werden die süddeutschen Genossen sich waffnend gegen die See norddeutscher Vögel durch Widerstreuen? Als wir heute morgen schrieben, die süddeutschen Genossen würden die Konstantenzen aus der unannehmbaren Resolution nicht ziehen, deuteten wir schon an, wohin der Weg wahrscheinlich gehen werde. In die Stelle der scharfen wird eine vermittelnde Resolution treten, die mit seiner Dialektik beiden streitenden Teilen rein äußerlich ihr Recht und ihren Willen gibt und — was uns das wesentlichste ist — weiterhin den Janusfessel in der Partei bilden wird, wie die Resolutionen von Lübeck und Dresden, mit deren Segen die Partei schon genugsam beladen ist. Der Streit über die einzig wahre Taktik, die allein in den Himmel der sozialistischen Demokratie führt, wird ins Endlose weitergesponnen werden.

Die „Kreuz-Ztg.“ glaubt folgende Entwicklung der Krise voraussehen zu dürfen:

Es bleibt nun abzuwarten, ob der Nürnberger Parteitag noch ein Kompromiß mit den Kompromißlern zustande bringt, oder ob er sie mit aller Entschiedenheit rüffelt, und ob dann die alle Gemäßigten sich lächelnd unterwerfen. Die Unterwerfung kann trotz aller starken Worte und Beschlüsse der Süddeutschen nicht für unausweichlich gelten. Denn die Mehrheit hat in der Sozialdemokratie alle Macht und alles Geld, und die Führer der Reichstagsfraktion sind zu allermeist durchaus abhängig von der Parteikasse.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Wollensbüttel, 15. Sept. (Amst. Wahlresultat). Bei der am 11. September stattgefundenen Reichstagswahl im 2. Braunschweigischen Reichstagswahlkreis wurden insgesamt 24527 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Sozialdemokraten (nati.) 11422, Maurer Riele (Soz.) 7100, Notar Debes (Braunschweig. Landrechtspartei) 6912, zerstückelt waren 3 Stimmen. Es findet also Stichwahl zwischen Riele und Riele statt.

* München, 15. Sept. Die Untersuchung in der Bilderfälschungsaffäre dauert fort. Der Prozeß dürfte bei dem großen Aufwand von Jengen und Sachverständigen mehr als eine Woche dauern. Die in Petrograd kommenden Bilder hat der Staat mit einer großen Summe versichern lassen.

* Dortmund, 15. Sept. Der Landtagsabgeordnete und frühere Reichstagsabgeordnete Bild ist in der vergangenen Nacht gestorben.

* Winnipeg, 15. Sept. Die Waldbrände in Ontario dauern an. Regen fehlt noch immer. Die Gefahr für die angrenzenden Städte ist, der „Frank. Ztg.“ zufolge, anscheinend beseitigt.

* Wien, 15. Sept. Blättern zufolge hätte der serbische Minister des Äußeren Milowanowitsch dem Minister des Äußeren Freiwirth v. Khevenhul einen Besuch ab. Er hätte mit ihm eine Unterredung.

Reichstagswahl Speyer-Ludwigshafen.

er. Ludwigshafen, 15. Sept. 4 Uhr 45 Min. nachm. Die Wahlbeteiligung ist schwächer als im vorigen Jahre. Das ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil des Zentrums der ausgegebenen Parole auf Wahlenthaltung folgt. Andererseits zeigt sich in verschiedenen Bezirken, daß eine Reihe gerade der schärfsten Zentrumsleute sich an der Wahl beteiligt. Es ist zu vermuten, daß diese unter keinen Umständen den national-liberalen Kandidaten wählen, sondern dem sozialdemokratischen Gegner Gefolgschaft leisten.

Zur Reichsfinanzreform.

* München, 15. Sept. Finanzminister v. Baff wird sich nächste Woche nach Berlin begeben, um an den Sitzungen des Bundesrats teilzunehmen. Auch Ministerpräsident Freiberger v. Podewitz wird nach Berlin reisen, ein Beweis, welche großes Interesse die bayerische Regierung an der Reichsfinanzreform nimmt, speziell wegen der geplanten Elektrizitätssteuer.

Schiffsbau-Probestadt des Reichs.

* Berlin, 15. Sept. Das Reichsschiffbauamt hat heute früh um 8 Uhr zu seiner 10stündigen Probestadt unter Führung des Hauptmanns Köhler auf. Der Ballon schlug denselben Weg ein wie das Militärschiff in der Nacht vom Freitag zum Samstag längs der Hamburger Bahn nach Sendal. Bald nach erfolgter Landung des Reichsschiffbauamts stieg das Militärschiff auf und erlöschte gegen 11 Uhr vormittags in der Straße Unter den Linden, führte dort eine Reihe von Wäandern gegen den Wind aus und nahm schließlich die Richtung gegen den Tegeler Schießplatz. Die Fahrt war gegen 11¼ Uhr beendet.

Rußland und Serbien.

* Wien, 15. Sept. Der Minister des Äußeren Freiberger v. Khevenhul begibt sich heute Nachmittag mit dem Grafen Bergtold nach Bukarest. Aus der mit dem Grafen Bergtold ein befreundeter Sektionschef des auswärtigen Amtes Eberhard erhält eine Erlaubung von dem Grafen Bergtold. Er begibt sich gleichfalls mit Freiberger v. Khevenhul dorthin.

Fürst Wilsons Unterredung mit Sidney Whitman.

* London, 15. Sept. „Daily Chronicle“ schreibt: Der Reichsfanzler hat von den Staatsmännern, die in der vordersten Reihe stehen, eine seltene Tugend: er rügt sehr aufrichtig und freimütig. Fürst Wilson hat Gelegenheit genommen die deutsche Politik, namentlich in Hinsicht des Flottenbauprogramms in sehr geschickter Weise zu verteidigen. Niemand in England hat jemals geleugnet, daß für Deutschland bei der gegenwärtigen Lage in Europa eine große Armee notwendig ist; aber die öffentliche Meinung Englands ist in der Tat durch Deutschlands Streben nach einer Vorherrschaft zur See (?) wie zu Lande beunruhigt. Die Heberhebung des Meeres ist von vitalem Interesse für England's Existenz. England wird deshalb jedes Opfer bringen, um sie zu bewahren. Wir wünschen, sagt das Blatt weiter, daß wir das Bestehen der in dem lächerlichen Gefasels über deutsche Spione so offenkundig zu Tage getretenen wachsenden Reizbarkeit des Engländers in Worte stellen könnten. Wir gestehen ein, daß wir über diese Symptome besorgt sind. Das sind Sitten und Charakterzüge, die eines Engländers unwürdig sind. Glücklicherweise aber ist dieser krankhafte Zustand charakteristisch nur für einen Teil unseres Volkes.

Die Affäre Alberti.

* Kopenhagen, 15. Sept. Bezeichnend für Alberti ist, wie jetzt bekannt wird, daß er schon vor langer Zeit mit dem bismarckianischen Geographen Wares die Frage besprochen, wie ein Schriftstücker am besten verfährt. Ist es besser, frugte Alberti, ob die wachsende Unterschicht kluglich oder gleichmäßig gemacht wird. Alberti erklärte, diese Frage interessiere ihn wegen eines Arminiuskolles.

Die Cholera.

* Petersburg, 15. Sept. Im Laufe des gestrigen Tages erkrankten 139 Personen an Cholera, davon starben 30.

* Petersburg, 15. Sept. Die Städte Petersburg, Niew, Jekaterinodlaw und Tschikent sind für Choleragefährlich, die Gouvernements Petersburg, Moskwa, Tschernigow u. Tomsk das transkaspische Gebiet und die Provinzen Syr Daria, Samarkand und Terghena sowie die Eisenbahnlagen des Petersburger Knotens für Choleragefährlich erklärt worden. In Petersburg erkrankten in der Zeit vom 10. August bis 14. September 601 Personen und es starben 98. Seit dem Ausbruch der Epidemie erkrankten in Kaschan 6747 und starben 3130 Personen.

Ministerkrise in der Türkei.

* Konstantinopel, 15. Sept. Die Angehörigen der Eisenbahn Emynna-Kassaba sowie der Tramway sind heute in den Aufstand getreten. Die Lage des Ministeriums wird laut „Frankf. Ztg.“ infolge der Zunahme der Streiks und des Fehlens einer starken Hand als ernstlich ängstlich angesehen.

Volkswirtschaft.

Vorshubverein Kirchheimbolanden G. m. u. S.

Aus den Verhandlungen der halbjährigen Generalversammlung des Vorshubvereins Kirchheimbolanden, G. m. u. S. ist zu erwähnen: Der Reingewinn für das 1. Halbjahr 1908 beträgt 14171 M. gegenüber demjenigen des vorigen gleichen Halbjahres ein Minus von 960 M., das auf die herrschenden Verhältnisse zurückzuführen ist. Mit Befriedigung wird konstatiert, daß das zweite Halbjahr unter günstigen Verhältnissen begann. Einen wichtigen Beratungsgegenstand bildete die Umwandlung in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Derselbe wird zugestimmt und die hierhergeh. als notwendig erweisende Aenderung der Statuten nach dem pfälzischen Normalstatut zum größten Teile gutgeheißen. Das Stammkapital wird demgemäß von 400 auf 600 M. erhöht und die Haftsumme von 1000 auf 1200 M. festgesetzt. Die eventl. Erhöhung der Haftsumme kann nur mit Dreiviertelmehrheit erfolgen. Der Erhöhung des Reservefonds auf 10 Proz. des Betriebskapitals wird gleichfalls zugestimmt; er wird demzufolge auf 300 000 M. normiert. Die gesetzlich festgelegte Einzahlung des Stammkapitals von 10 Proz. muß innerhalb dreier Jahren erfolgen. Abgesehen davon wird der Antrag auf Anstellung der Vorstandschaft, da hierfür die erforderliche Zweidrittelmajorität nicht zu erreichen war. Die Wahl derselben wird nach dem seitherigen Modus der schriftlichen Wahl stattfinden. Das abgeänderte Statut soll nach Erledigung der gesetzlichen Formalitäten in Kraft treten.

Weltausstellung Brüssel.

Die Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie, Berlin W., schreibt uns: Das Deutsche Komitee für die Weltausstellung in Brüssel 1910, um dessen Bildung die Ständige Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie von der Reichsverwaltung ersucht worden ist, wird am 28. September 1908 im Reichsamt des Innern konstituiert werden. Der Reichskommissar für die genannte Ausstellung läßt in den nächsten Tagen den deutschen Interessenten das allgemeine Ausstellungsprogramm sowie einen Auszug aus der Klassifikation und den allgemeinen Bestimmungen für die Beteiligung an der Ausstellung nebst einem Rundschreiben zugehen, in dem er für sich und das Deutsche Komitee die Unterstützung der beteiligten Kreise erbittet. Firmen, welche eine Bekräftigung der Ausstellung in Aussicht genommen haben, wollen sich wegen Zulassung der Deutschen an das Reichskommissariat für die Weltausstellung in Brüssel, Berlin W. 64, Wilhelmstraße 74, wenden.

Vom Rheinisch-Westfälischen Auzenmarkt.

(Bericht von Gebrüder Stern, Bankgeschäft.)

Dortmund, 14. Sept.

Die Anzeichen einer leichten Besserung, die in den industriellen Verhältnissen hervortreten, waren wohl in der verfloßenen Woche die Veranlassung, daß der Kohlenkursen, m a r k t sich nicht länger der Aufwärtsbewegung der großen Börsen entziehen hat. Nachdem schon in der Vormoche das Angebot in schweren Werten knapp geworden war, machte die Unternehmung, gestützt durch Kurse des Privatpublikums einen kräftigen Vorstoß, der zu bedeutenden Preissteigerungen auf allen Gebieten führte. Dabei nahmen die Umsätze an einzelnen Tagen eine Ausdehnung an, wie man sie in diesem Jahre in Kohlenkursen nicht gekannt hat. Höher stellten sich bei ansehnlichen Umsätzen König Ludwig, die von M. 30 800 bis M. 31 500 anziehen und Friedrich der Große, die von M. 26 700—27 400 bezahlt wurden. Ferner waren Helene und Amalie bei M. 18 000, Mont Cenis bei M. 15 000 und Dorfsied bei M. 13 600 gebessert. Eine kräftige Steigerung erfuhren Graf Schwerin, deren Kurs von M. 9000 ausgehend, vereinzelt bis M. 9600 bezahlt wurde, auf Gerichte, daß die Seltenkirchener Bergwerks-Gesellschaft die Zechen nunmehr erwerben wolle. Ob die Gerichte, nachdem sie nun schon seit langen Jahren aufgelaugt und wieder verschunden sind, dieses Mal eine Begründung haben, ließ sich nicht feststellen. In bedeutenden Mengen wurden schließlich Langenbrunn umgekehrt, deren höchster Kurs von M. 12 200 sich aber nicht voll behaupten konnte. Mittlere und leichte Papiere folgten willig der Aufwärtsbewegung der schweren Kurse. Eintritt Tiefbau konnten bei großen Umsätzen ihren Kurs bis M. 5400 und Kaiser Friedrich bis M. 3500 erhöhen. Für Heinrich, Johann Deimelsberg, Schürbank und Charlottenburg und Tremonia stellten sich die Kursverbesserungen auf etwa M. 75 bis 100, Krier wurden nach einer bezahlten Notiz von M. 6175 mehrfach bis M. 6275 bezahlt. In größeren Mengen wurden Freie Vogel und Umberhoff gehandelt, deren Kurs sich von M. 2350—2550 heben konnte, nachdem bekannt wurde, daß die bevorstehende Gewerkschaftsammlung über die Einziehung einer Zubehe nicht zu beschließen haben wird. Wir hören jedoch dazu, daß mit der Umwandlung der stehenden Schuld in eine feste Anleihe auch die Einziehung einer Zubehe von etwa einer halben Million vorgegeben ist. Voraussichtlich wird eine außerordentliche Gewerkschaftsammlung sich mit dieser Transaktion zu befassen haben. Lebhaft waren wiederum die Umsätze in Aktien, die vorübergehend über M. 200 gehiebert wurden, da sich angeblich nun ein Käufer für die Beteiligungsziffer gefunden habe. In maßgebenden Kreisen ist jedoch bisher über irgendwelche ernstlichen Kaufabsichten nichts bekannt.

Im Gegenatz zum Kohlenkursenmarkt war das Gebiet der Braunkohlenwerte schwächer veranlagt. Die bedeutenden Kurssteigerungen der Vormoche gingen bei geringem Angebot zum Teil wieder verloren. So wurden Schallmayer nach einem Preise von M. 3850 bei M. 3775 zum Verkauf gestellt, Lucherberg schwächten sich von M. 2525 bis M. 2425 ab, Bruckdorf Nettleben verloren gegen ihren höchsten Kurs M. 250 und schließlich wuchsen sich die Geldkurse für Hellerhammer und Michel in Briefnotierungen vermindern. Nur Hamburg, die in der Vormoche vernachlässigt waren, fanden bei Berichtschluß zu etwa M. 650 in guter Nachfrage. Am A l i m a r k t e herrschte mit Rücksicht auf die Aunahmeverhandlungen der zahlreichen neuen Werke während der ganzen Woche äußerste Zurückhaltung. Inbes war im Gegenatz zur Vormoche das Angebot nur sehr schwach, da weite Kreise trotz des vorläufigen Mißerfolges an einer endlichen Verhandlung festhielten. Nachdem nun gestern der stärkste Löhnsleiter, die Bergabengesellschaft Teutonia sich mit der Aufnahmekommission verständigt hat, dürften die heute fortgesetzten Verhandlungen mit den Werken des Südbornglänzers u. s. w. keine besonderen Schwierigkeiten mehr bieten. Dadurch ist die Lage des A l i m a r k t e s wesentlich geklärt und die bereits

in den letzten Tagen vorhandene Festigkeit konnte heute weiter zunehmen, ohne daß aber vorläufig die Kurse eine entsprechende Höherbewertung erfuhren. Immerhin zogen Alexandershall von M. 6500—6750, Furbach von M. 10 500 bis 10 750, Glüch auf Sondershausen von M. 14 600—15 000 an. Nur Wilhelmshall hielten sich auf dem bisherigen Stande von ca. M. 9550, da man annimmt, daß die zum Oktobertermin geplante Wiederaufnahme der Ausbeuteverteilung nicht stattfinden wird. Von den schachtbauenden Unternehmungen waren Siegfried 1 und Zimmertode bevorzugt, die ihre Preise bis M. 3250 bezw. M. 3100 aufbessern konnten. Auch Gansa Silberberg standen nach anfänglicher Angebot zu M. 3300 bei Berichtschluß zu M. 3450 in Nachfrage. Ebenso groß war die Steigerung in Sachsen-Weimar. Auf Rothenberg wirkte ein günstiger Vorstandsbericht ein, so daß der Preis von M. 1325—1400 anziehen konnte. Sonst waren Geldrungen 1 und 2, Hermann 2, Hugo und Salzwinde zu leicht anziehenden Kursen im Verkehr. Der Aktienmarkt lag ruhig. Bismarckshall gaben im Verfolg der jüngsten Generalversammlung bis 18 pCt. nach, während die übrigen Werte in Uebereinstimmung mit der festen Gesamttenenz sich um 1 pCt. höher stellten.

Am Erzfuzenmarkt vermochten Louise Braunjensein auf gute Nachfrage bis M. 1200 anzuziehen. Sonst waren Freier Grubner Bergwerks-Verein bei M. 475 mehrfach gefragt.

Vom Kalifundikat. Das in das Syndikat aufgenommene Wert Teutonia mußte infolge außerordentlich vorgeschobener Abschüsse 200 000 M. Reuegeld zahlen. Von dieser Tatsache erhofft man in Syndikatskreisen eine Erleichterung bei der Berliner Tagung.

Internationales Sinkfundikat. In dieser Woche findet in Berlin eine Sitzung der Vertreter der deutschen und ausländischen Sinkfundikatsgesellschaften statt, in der die Antwort der belgischen und englischen Werke auf die in der letzten Berliner Sitzung gefassten Beschlüsse der deutschen Gesellschaften vorgelegt werden sollen. Wie noch in Erinnerung sein dürfte, hatten in dieser letzten Versammlung die Vertreter der deutschen Gesellschaften wie rheinische Werke, die untereinander im Prinzip einig waren, den Vorschlag über ein internationales Sinkfundikat ausgearbeitet, und dieser Entwurf war dann von dem Vertreter der belgischen Werke der belgischen Werke überbracht worden, welche inzwischen über seine Annahme untereinander beraten haben. Ihre Antwort, wie die der englischen Güter, wird nunmehr erwartet werden.

Verband des Stahlwerksverbandes. Der Verband des Stahlwerksverbandes an Produkten A betrug im August 401 156 T. Rohstahlgewicht, gegen 388 709 T. im Juli d. J. und 521 469 T. im August 1907. Von dem Augustverband entfallen auf Halbzeug 126 404 T. (114 335 T. im Juli d. J. und 180 645 T. im August 1907); auf Eisenbahnmaterial 150 324 T. (gegen 147 426 T. bzw. 105 718 T.) und auf Formeisen 110 371 T. (gegen 126 954 Tonnen bzw. 180 106 T.). Der Verband von Formeisen stellte sich mithin um 10 583 T. niedriger, der von Halbzeug um 11 220 Tonnen und der von Eisenbahnmaterial um 11 904 T. höher als im Vormonat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Verband im August um einen Arbeitstag geringer war als im Juli.

Das Siegerländer Kohleisensyndikat beruft zum 16. September eine Beiratsitzung ein, um die Frage der Syndikatsrenewierung vorzubereiten. Am 20. September findet also auch die Mitgliederversammlung statt, um definitiv die Verlängerung oder Auflösung zu beschließen. Berücksichtigt man die wachsende Personalmittel für die Bewässerung, jedoch ist es zweifelhaft, ob sich dafür eine Majorität findet.

Die Kettenwerke der Carl Weber u. Co. in Bielefeld-Cottbusen ist dem „Konf.“ zufolge in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden. Das Stammkapital beträgt 1 500 000 M. Geschäftsführer sind die Kommerzienräte Carl Weber und Bruno Müller, sowie Georg Müller und Rich. Müller.

Mühlener Braunkohlenwerk, Aktiengesellschaft in Dortmund. Ueber das Vermögen der Gesellschaft ist Konkurs eröffnet worden. Verwalter ist Herr Rechtsanwalt Rodewald in Dortmund. Hierdurch dürfte die bereits anberaumte Hauptversammlung der Aktionäre, die über die etwaige Betriebsübernahme beschließen sollte, gegenstandslos werden.

Von der belgischen Glasindustrie. Angehends der Besserung der Geschäftslage in der belgischen Glasindustrie beschloß die Vereinigung der belgischen Glasfabriken die Wiedereröffnung von fünf Glasfabriken. Hierdurch werden 2000 von den feiernden Arbeitern neu eingestellt werden. Alle Löhne erfordern ab 1. November eine 5 Proz. Erhöhung.

Amerikanische Eisenbahnen. Einnahmen der Pennsylvania-System u. St. Louis im Geschäftsjahr, das mit dem 30. Juni abschließt: 107 788 000 Doll. (— 1 500 000 Doll.), rein 2 536 000 Doll. (+ 48 000 Doll.), Gesamteinnahme 2 887 000 Doll. (— 240 000 Doll.), Ueberschuß 290 000 Doll. (+ 184 000 Doll.). Einnahmen in der ersten Septemberwoche: Dender u. Rio Grande: 442 000 Doll. (— 9000 Doll.), Missouri Pacific: 208 810 000 Doll. (— 73 000 Doll.), Texas u. Pacific: 226 000 Doll. (— 38 000 Doll.), Seaboard: 537 000 Doll. (— 37 000 Doll.). Einer Aufstellung des Financial Chronicle nach hatten 42 Bahnen in der vierden Augustwoche eine Abnahme der Reineinnahme von 2 550 000 Doll. oder 18,4 Prozent, 45 Bahnen im ganzen Monat August eine Abnahme von 6 684 000 Doll. oder 13,5 Prozent. Es verläutet, daß die Ergebnisse der Pennsylvania, Reading und der Baltimore u. Ohio im August schlecht waren und daß die Aussichten für den Verkehr in den Gebieten der genannten Bahnen ungünstig sind.

Neues vom Dividendenmarkt. Rheinisch-westfälische Kohlenwerke in Dortmund 7 Prozent (i. V. 10 Prozent). — Dresdner Papierfabrik 4 Prozent (i. V. 5 Prozent). — Deutsch-West-Afrika Handelsgesellschaft 7 Prozent (i. V. 5 Prozent).

Neue Insolvenzen. Die Darm-Export- und Importfirma S. S. Leopold in Hamburg hat sich nunmehr veranlagt gesehen, die Eröffnung des Konkursverfahrens gegen sich zu beantragen. — Ueber die 1906 gegründete Kohlenwerkstatt Wurzburger Eberlein in Liquidation wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Telegraphische Handelsberichte (siehe 6. Seite).

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

* Frankfurt a. M., 15. Sept. (Fondsbörse.) Der hiesige Privatbistont zog infolge stärkerer Ansprüche um 1/2 auf 3/4 an, tägliches Geld war dagegen leichter erhältlich. Die Börse eröffnete bei reservierter Haltung, da die Kaufkraft merklich nachgelassen hat. Die gestrige Reporierer Böse brachte verhältnismäßig gute Tendenz, doch machte der Ausfall der Gouverneurwahl im Staate Maine keinen guten Eindruck, da die republikanische Mehrheit bedeutend gesunken ist. Der Industriemarkt hat in seiner Befebung merklich nachgelassen, doch ist die Tendenz größtenteils eine zuberhöfliche. Nach

der stürmischen Haufe ist in elektrischen Werten eine ruhigere Stimmung eingetreten, doch blieb die Tendenz in Anbetracht der täglich eintreffenden Geschäftsabchlüsse im wesentlichen fest. Befehler waren heute Edison, Schucker und Licht und Kraft. Von Maschinenfabriken sind Wittener Stahl bei 6 pCt. Steigerung zu erwähnen, von chemisch. Werten zeichnete sich Badische Anilin durch feste Tendenz aus. Montanpapiere lassen bei ruhigem Geschäft wenig Veränderung erkennen, die Kurse neigten zur teilweisen Schwäche. Am Bankaktienmarkt war die Stimmung relativ günstiger und die leitenden Werte dieses Gebietes gut behauptet. In Fonds war das Geschäft still. Die Kurse konnten sich jedoch durchweg gut behaupten, 3/4 Proz. Preußen stellten sich etwas höher. Schiffahrtsaktien konnten die gestern an der Abendbörse eingetretene Besserung erhalten, die Umsätze waren jedoch geringfügig. Von Bahnen waren Baltimore mühsam behauptet, Staatsbahn schwächer, Lombarden auf die Einberufung der Obligationäre durch den Kurator der Südbahn höher. Im weiteren Verlauf trat merkliche Geschäftstillung ein, infolge die Kursveränderungen auch minimale waren. Die Besprechung der französischen Wähler betz. der französisch-spanischen Note machte wenig Eindruck, ebenso wurde der Zusammenkunft der Minister des Auswärtigen von Aehrenthal und Nizolski keine große Bedeutung beigegeben. An der Nachbörse war das Geschäft still und die Kurse behauptet. Nur Baltimore schlossen schwächer. Es notierten Kreditaktien 200.25, Diskonto 178.80 + 70, Dresdner Bank 147.70 + 50, Staatsbahn 148.80, Lombarden 23.25 + 20, Baltimore 100.80.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with columns for location (Amsterdam, Berlin, London), date (14, 15) and price (168.95, 80.95, 81.13, 20.88).

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table with columns for bond type (4% Reichsanl., 3% Pr. Konf., etc.), date (14, 15) and price (109.15, 92.25, etc.).

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table with columns for company name (Bab. Rudersfahr, Siedb. Immobilien, etc.), date (14, 15) and price (139.30, 63.80, etc.).

Bergwerks-Aktien.

Table with columns for company name (Bodamer Bergbau, Zuberus, etc.), date (14, 15) and price (226.—, 114.—, etc.).

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Kastellen.

Table with columns for company name (Ludwigsh.-Rheinb., Pfälzische Nordbahn, etc.), date (14, 15) and price (—, 133.80, etc.).

Bausparrische Prioritäts-Obligationen.

Table with columns for bond type (4% Pr. Pfd., 4% Pr. Pfd., etc.), date (14, 15) and price (97.0, 175.0, etc.).

Mannheimer Bank

Aktiengesellschaft
Hauptbureau: Spar- u. Depositenkasse:
L 1, 2. Q 2, 5.
 Zweiganstalt der Rheinischen Creditbank Mannheim

Gewährung von Bankkrediten in laufender Rechnung.
 Beleihung von Wertpapieren.
 Eröffnung provisionsfreier Checkrechnungen.
 Annahme von **Spareinlagen** in jeder Höhe, die gegenwärtig je nach Kündigungsfrist bis zu **4%** verzinst werden.

An- und Verkauf von Wertpapieren mit und ohne Börsennote.
 Kapitalanlagen in stets vorräthigen Staatspapieren, Pfandbriefen usw.
 Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren in feuer- und diebstahlsicheren Gewölben.
 Vermietung von Tresorschränken (Safes) unter Mitverschluss der Mieter.
 Kontrolle der Verlosung von Wertpapieren.
 Versicherung von Wertpapieren gegen Kursverlust durch Verlosung.
 Einlösung von Kupons, Besorgung neuer Kuponsbogen.
 Diskontierung von Wechseln, insbesondere in Bankakzepten.
 Einzug und Begebung von Wechseln zu den billigsten Spostensätzen. 70893
 Ansetzung von Wechseln, Checks, Reisegeldbriefen auf alle grössere Plätze des In- und Auslands.

Rheinische Creditbank in Mannheim.

Vollgezeichnetes Aktienkapital 75.000.000 Mark.
 Reserven 15.500.000 Mark.

Filialen in: Baden-Baden Freiburg i. B., Heidelberg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Konstanz, Lahr i. B., Mülhausen i. E., Offenburg, Pforzheim, Speyer a. Rh., Strassburg i. E., Zweibrücken. — Agenturen in: Neunkirchen (Reg.-Bezirk Trier), Rastatt. — Depositenkasse in Bruchsal.

Wir eröffnen laufende Rechnungen mit und ohne Creditgewährung, besorgen das Incasso von Wechseln auf das In- und Ausland und stellen Wechsel, Checks und Accreditive auf alle Handelsplätze der Welt aus.

Wir kaufen und verkaufen Effecten aller Art und vermitteln den An- und Verkauf derselben zu den billigsten Bedingungen.

Wir führen provisionsfreie Checkrechnungen und gewähren für deren Benutzung die grösstmöglichen Vorteile und Erleichterungen.

Wir übernehmen Wertpapiere aller Gattungen zur sicheren Aufbewahrung, (auch in Massenschränke-Anlage, Safe) und Verwaltung und sind bereit, davon die Einkassierung der fälligen Coupons, die Revision verlosener Wertpapiere, die Einzahlung gekündigter Obligationen, die Leistung ausgeschriebener Zahlungen und alles sonst Erforderliche zu besorgen.

Desgleichen nehmen wir verschlossene Wertsachen in Verwahrung.

Die bei uns hinterlegten Gegenstände werden in den feuerfesten Gewölben unseres Bankhauses aufbewahrt und wir übernehmen dafür die Haftbarkeit nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Die Berechnung von Gebühren ist einer Vereinbarung vorbehalten. 70900

Gühneraugen und Hornhaut

Sind ein recht schmerzhaftes und unter Umständen gefährliches Leiden. Es ist deshalb sehr ersteinlich, das es jahrelangen ärztlichen Bemühungen gelingen zu kann.

Dr. med. Bollag's Clavalin-Pflaster

Besteht aus, welches alle andere Mittel und das wegen Blutvergiftung gefährliche Schneiden ersetzt. Clavalin ist das einzige Mittel der Gegenwart gegen Gühneraugen, dessen Zusammenstellung auf ärztlicher Erfahrung beruht. Unschädlich & 4 Mk. bei 76057

Ludwig & Schütthelm,
 Hofapotheker, O. 4, 5, Mannheim. Telefon Nr. 212.

Kaisermanöver 1908.

(Von unserem militärischen Sonderberichterstatter.)

Kurzlele.

St. Johann a. d. S., 11. Sept.

Das Manöver ist zu Ende; über Schlachten ist nicht mehr zu berichten. Wohl aber lohnt es sich, kurz auf die Dinge einzugehen, die, da die Gefechtsabhandlung naturgemäß im Vordergrund aller Berichte zu stehen hatte, nur kurz gestreift oder überhaupt kaum erwähnt werden konnten. Während früher die Kaiserparaden der manövrierenden Armeekorps die Manöver einleiteten und ihnen unmittelbar vorausgingen, hat man seit wenigen Jahren diese Paraden etwas weiter vorangestellt — diesmal sogar 10 Tage —, um die zu den Paraden nötigen Konzentrationen der Truppen nicht von Einfluß auf die Anläufe der Kriegshandlungen werden zu lassen. In dem jetzigen Zwischenraum ist es möglich, kriegerische Entfernungen zwischen die Massen zu legen, ehe diese in die Manöveraufgaben eintreten. Und Massen sind es, um die es sich hierbei handelt. Ohne näher auf die Stärke der einzelnen Abteilungen einzugehen, mag erwähnt werden, daß in den Tagen vom 6. bis 10. September im ganzen 2700 Offiziere, 78 400 Mann und 17 310 Pferde an den Manövern teilgenommen haben. Die erste Frage, die sich bei der Kenntnis solcher Ziffern aufdrängt, die nach der Unterkunft, ist unheimlich zu beantworten. In den Kaisermanövern ist das Bivouac die einzige Unterkunftsform, die möglich ist, zumal wenn die Wetterverhältnisse wie dieses Mal so anscheinend günstig liegen. Die Anwesenheit von Quartieren oder Ortsunterkunft kann sich aber auch bei den ungünstigsten Witterungsverhältnissen nur auf Teile der Truppen beschränken, die eben in der glücklichen Lage sind, irgend ein Unterkunftsobjekt in dem von ihnen bedeckten Gelände zu finden. Schwieriger ist schon die Frage nach dem Unterhalt, nach der Verpflegung. Sie ist auch die wesentlich wichtigere und ihr wendet sich deshalb seit Jahren die Aufmerksamkeit der Heeresleitung zu. Zunächst ist man auf Veruche angewiesen, bevor man zu dauernden Anwendungen kommt. Diesmal ist deshalb das Postautomobil mit den entsprechenden Begleitern erprobt worden und, wie es scheint, mit günstigen Er-

„Milchschwester“

der Butter nannte Prof. Dr. v. Soxhlet die Magarine in seinem Bericht an das General-Comité des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern, indem er darin die Daseinsberechtigung der Margarine als Volksernährungsmittel nachwies. Welchen Umfang inzwischen der Magarineverbrauch in den weitesten Kreisen erreicht hat, beweist die allgemeine Verbreitung der rühmlichst bekannten

„Vitello“

Magarine, die heute überall mit Vorliebe als vollkommener Ersatz für feinste Meiereibutter zu gleichen Verwendungszwecken genommen wird.

Van den Bergh's Margarine Gesellschaft m. b. H., Cleve.

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Berliner Börsen-Zeitung

erscheint zwölfmal wöchentlich.

Abonnement bei allen Postanstalten und Zeitungs Expeditionen.

Probenummern sendet gratis auf 8 Tage

Die Expedition: Berlin W., 37. Kronen-Strasse 37.

Die Töchter des Erfinders.



Die zahlreichen Nachahmungen

unseres seit 20 Jahren vortrefflich bewährten Haar- und Kopfwassers

Peru-Tanninwasser

beweisen am besten die Vorzüglichkeit unseres Fabrikates. Nachahmungen sind immer billiger aber niemals so wirksam als das Originalpräparat. Wertlose Nachahmungen weisen man zurück. Nur echt mit nebenstehendem Bild. Käuflich in besseren Friseur- und Drogeu-Geschäften.

Generalvertrieb für Mannheim:

73517

Otto Hess, E 1, 16, 2. St.

Kleine Flasche: Mk. 1.75. Grosse Flasche: Mk. 3.50.

Sektographen-Masse pro Kilo Mk. 2.35.

Das Ausgessen wird mit 30 Pfg. berechnet.

Expedition des „General-Anzeigers“, Mannheim, E 6, 2.

gebnissen. Die Veranschaffung der Verpflegungsbedürfnisse wird sich später, wenn man über den heeresvermögensreichsten Top dieser Jahreszeit gearbeitet haben wird, wohl nur der Lasten-selbstfahrer bedienen. Für die Zubereitung der Verpflegung sorgten, wie schon in den Berichten erwähnt, bei einer Infanterie-Brigade bei den Parteien die Feldküchen. Ihre Verwendung hat sich in jeder Beziehung als so zweckmäßig erwiesen und ist der Geschicklichkeit der Truppe ebenso wie dem Faktor der Ruhe so zuträglich, daß man nur wünschen kann, der Reichstag möge sobald als möglich die Mittel bewilligen, alle Truppen in den Besitz dieser kleinen fahrbaren Küchen zu setzen. Im Prinzip ist man ja mit der allgemeinen Einführung schon einverstanden.

Das verkehrstechnische Moment tritt in jedem Kaisermanöver mehr und mehr hervor. Wenn man bedenkt, wie vor noch wenigen Jahren nur das bescheidene Jweirad neben dem allezeit unentbehrlich bleibenden Pferde zur Beförderung von Nachrichten in der Armee auftrat, und wenn man heute den Apparat des Nachrichtenwesens durch die Feldtelegraphen, Fernsprecher, Nachrichten-selbstfahrer, Motorfahrer, Fesselballons, Funkenpruch und Signalleuchtapparat seine Stätten zu den Stellen der Manöverleitung oder den Truppenkommandostellen hinzieht und dabei die Perspektive der Juppelinschen und der anderen lenkbaren Luftschiffe hinzuzieht, kann man in der Tat von einer Epoche der Heeresnachrichtentechnik sprechen. Hinter all den vorwärts führenden Entwicklungen steht leider immer die Geldfrage. Gewiß alle diese Dinge, ebenso die Kaisermanöver selbst, kosten ein Heibengeld. Es dürfte kaum möglich sein, schätzungsweise dem dunklen Gefühle des Vielkosten einen ziffernmäßigen Ausdruck zu geben; soviel wird aber jedem unvoreingenommenen urteilenden Menschen klar sein, wenn er Ziel und Zweck aller für Bestand, Ausbildung und Ausrüstung des Heeres aufgewandeten Ausgaben sich vor Augen stellt, daß es nur Summen für eine Lebens- und Existenzversicherung des deutschen Volkes sind, nur Prämienzahlungen. Ein einziger Krieg, auch ein glücklicher, kostet dem deutschen Volke an wägbaren und unwägbaren Werten so unendlich viel, daß die Versicherungsprämien, die es im Heere anlegt, lächerlich gering dagegen ausfallen. Und wenn die Erkenntnis, die die Umwelt von Deutschland gewinnt, daß es ein auf der Höhe der Zeit stehendes, in jeder Weise modern ge-

rüstetes Heer habe, schon allein genügt, dem Frieden Bürgschaften zu gewähren, dann sind die in der Ausrüstung des Heeres investierten Teile der Versicherungssumme nicht vergeblich verausgabt.

Dieser Eindruck werden auch die vielen fremdländischen Berichterstattung vom Manöverfelde mitgenommen haben. Keinem werden sie sich darüber vielleicht nicht immer, aber empfinden haben sie es gewiß. Jedes größere Manöver stellt seine Anforderungen an besondere Leistungen, die sich neben sonstigen Strapazen und Entbehrungen vor allem auf dem Gebiete der Marschleistungen bewegen. Wenn das diesjährige Manöver auch nicht zu so eminenten Märschen heraufsorgerte, wie das Manöver im Vorjahre bei Hüster, so sind doch immerhin recht respektable Märsche zu verzeichnen gewesen. Die Kavalleriedivision A hat ein Maximum der Tagesleistung von 70 Kilometern, die 33. Infanteriedivision von 52 Kilometern aufzuweisen. Für Kavallerie ist es nichts besonderes, solche Märsche werden vielleicht sich immer an der Grenze für den Durchschmitt im Kriege vorfinden; aber für Infanterie bleiben 52 Kilometer immer eine recht beachtliche Leistung. Die beiden Kavalleriedivisionen haben eine anerkanntswerte Enthaltung gezeigt, sich gegenseitig in Attaden zu messen. Das zeigt von richtiger Auffassung ihrer Aufgabe. Man erinnere sich früherer Jahre. Kein Tag ohne Attade. Sie haben sich diesmal sogar, was ich als besonders richtig hervorheben möchte, nicht einmal bemerkenswerter gegenseitig angezogen, sondern sind ihrer Aufklärung ohne die früher beliebten Attadenumschweife treu geblieben. Wo der Einfluß einer Attade im Gefecht — also nach heftiger Aufklärung — vorgenommen wurde, z. B. besonders am vorletzten Tage vor A gegen die 8. bayer. Division von Plan bei Vorf, war es durchaus gerechtfertigt.

Alles in Allem haben sich unsere Armeekorps vortrefflich präsentiert; General von Britzow hat den Hockler'schen Geist im Korps wach zu erhalten verstanden und im Führer des Straßburger Korps, General von Detzsch von Meidenheim, einen ebenbürtigen Gegner gefunden.

Vermischtes

Es ist nicht leicht ein Kind zu erziehen, 3 mal täglich. Näheres zu erfahren in der Gradition. 28493



Trau-Ringe
 ohne Zölle
 kaufen Sie in. Gewicht am billigsten bei **S. Strauss, Uhrmacher, Q 1, 5 Breitestr. Q 1, 5**
 Telefon 4012. 6001

Jedes Brautpaar erhält eine geschützte Uhr gratis oder grüne Marken. 60690

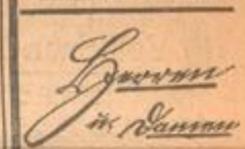
Soda-wasser 25 R.=1.25
Limo-nade 10 R.=1.-

Mineral-Wasser-Anstalt
 DE Hirschbrunn
 Löwen-Apotheke
 E. 2. 16. Tel. 610, Planken

48821
Maurearbeiten aller Art
 werden prompt und billig ausgeführt. 64284
 Rosenz. Grab. Maureverf. Schmitt, Allee-Ende 14, 1. St. 116.

Deckenstepperrin
 Ameri-can-Str. 31.

Unterricht.
Existenz!



Institut Buehler
 DI, 7/8 Mannheim DI, 7/8
 Hanshaus, Bureau: Zimmer Nr. 61.
 (Personalanfrage). 1905

